



HESSEN



# Bericht aus Brüssel

05/2020 vom 13.03.2020

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union  
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel  
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13  
E-mail: [hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de](mailto:hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de)

## Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Corona.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	6
Europäisches Parlament.....	7
Ausschuss der Regionen.....	8
Wirtschaft.....	8
Verkehr.....	13
Digital.....	13
Forschung.....	14
Finanzdienstleistungen.....	15
Finanzen.....	16
Soziales.....	17
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	18
Umwelt.....	19
Justiz.....	21
Inneres.....	24
EU-Förderprogramme.....	26
Veranstaltungen.....	27
Vorschau.....	31

### **Kommission; Brexit; Erste Verhandlungsrunde zwischen der EU und GBR über die künftigen Beziehungen**

Nach der ersten Verhandlungsrunde über die künftigen Beziehungen zwischen der EU und GBR erklärte EU-Verhandlungsführer Michel Barnier am 05.03.2020, dass es sehr ernste Differenzen gebe. Strittig seien vor allem die Regeln für gleiche Wettbewerbsbedingungen, die justizielle und polizeiliche Zusammenarbeit in Strafsachen, das Thema Fischerei und der Wunsch von GBR nach zahlreichen Mini-Deals. Es gab jedoch auch Übereinstimmungen für die künftige Partnerschaft u.a. in den Bereichen Kernenergie oder der Teilnahme von GBR an bestimmten EU-Programmen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/speech\\_20\\_402](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/speech_20_402)

### **EuGH; Neuer Generalanwalt aus FRA ernannt**

Die Mitgliedstaaten (MS) haben am 11.03.2020 Jean Richard de la Tour aus FRA als neuen Generalanwalt am EuGH ernannt. Er folgt auf den verstorbenen Generalanwalt Yves Bot. Seine Amtszeit beginnt am 23.03.2020 und endet zu dem Zeitpunkt, an dem das Mandat von Yves Bot abgelaufen wäre, am 06.10.2024. Der EuGH besteht aus 27 Richtern und 11 Generalanwälten. Sie werden von den Regierungen der MS nach Anhörung eines Ausschusses, der die Aufgabe hat, eine Stellungnahme zur Eignung der vorgeschlagenen Bewerber für die Ausübung der fraglichen Ämter abzugeben, im gegenseitigen Einvernehmen ernannt. Die Generalanwälte unterstützen den EuGH. Sie erstellen in völliger Unparteilichkeit und Unabhängigkeit ein Rechtsgutachten, die sog. „Schlussanträge“, in den Rechtssachen, die ihnen zugewiesen sind.

[https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2020/03/11/eu-court-of-justice-member-states-appoint-an-advocate-general/?utm\\_source=dsms-auto&utm\\_medium=email&utm\\_campaign=EU+Court+of+Justice%3a+member+state+appoint+an+advocate-general](https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2020/03/11/eu-court-of-justice-member-states-appoint-an-advocate-general/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=EU+Court+of+Justice%3a+member+state+appoint+an+advocate-general)

## Corona

### **Rat; Videokonferenz der Staats- und Regierungschefs zum Corona-Ausbruch**

Vor dem Hintergrund des Ausbruchs der Corona-Epidemie in der EU fand am 10.03.2020 eine Videokonferenz der Staats- und Regierungschefs der EU statt. Dabei wurde der Kommission die Aufgabe übertragen, zur Eindämmung der Verbreitung des Coronavirus COVID-19 ihre Maßnahmen zu verstärken und mit den Mitgliedstaaten (MS) zu koordinieren. Diese Koordination soll u.a. in einer täglichen Telefonkonferenz der Kommission mit den europäischen Gesundheits- und Innenministern erfolgen. Alle Maßnahmen sollen auf einer soliden wissenschaftlichen Grundlage und nach den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit und Notwendigkeit getroffen werden. Daher werde die Kommission ein Team von Epidemiologen und Virologen aus mehreren MS zusammenstellen, um Handlungsanweisungen auf europäischer Ebene zu erarbeiten. Auch die Einrichtung eines Coronavirus-Reaktionsteams solle zur Erreichung des Ziels der Eindämmung beitragen und verschiedene Aktionsstränge bündeln. Das Reaktionsteam besteht aus fünf Kommissionsmitgliedern und teilt sich in folgende Sektionen ein: Krisenmanagement (Kommissar Janez Lenarčič), Gesundheitsfragen (Kommissarin Stella Kyriakides), Grenzmanagement (Innenkommissarin Ylva Johansson), Mobilität (Verkehrskommissarin Adina Vălean), Makroökonomische Aspekte (Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni). Die Kommission werde ferner die Verfügbarkeit von Schutzausstattung und Atemschutzmasken sowie die Kapazitäten

zu deren Herstellung und Verteilung prüfen. Mit 140 Mio. EUR an öffentlichen und privaten Mitteln soll die Forschung zu Impfstoffen, Diagnose und Behandlung gefördert werden. Um die negativen Auswirkungen der Corona-Krise auf die Wirtschaft abzufedern, müssten alle zur Verfügung stehenden Instrumente genutzt werden. Hierzu gehöre, dass Unternehmen bei Bedarf staatliche Beihilfen erhielten und die mögliche Flexibilität im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts in vollem Umfang genutzt würde. Schließlich solle die Kommission eine „Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronakrise“ voranbringen. Diese soll sich auf 25 Mrd. EUR belaufen. Zur Bereitstellung dieser Summe werde die Kommission den MS vorschlagen, in diesem Jahr davon abzusehen, nicht in Anspruch genommene Mittel aus Vorfinanzierungen im Rahmen der europäischen Struktur- und Investitionsfonds von den MS zurückzufordern. Dieser Vorschlag könne durch eine Änderung der Dachverordnung für die Strukturfonds umgesetzt werden. Einen entsprechenden Vorschlag hierfür werde die Kommission sehr kurzfristig unterbreiten.

[https://ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/health/coronavirus-response\\_en](https://ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/health/coronavirus-response_en)

### **Kommission; Forschung; Aufstockung der Forschungsmittel für COVID-19-Bekämpfung**

Nach der Veröffentlichung einer Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen in Höhe von 10 Mio. EUR im Januar hat die Kommission am 06.03.2020 weitere 37,5 Mio. EUR für dringende Forschungsarbeiten zur Entwicklung eines Impfstoffs gegen COVID-19 sowie zur Behandlung und Diagnose bereitgestellt. Diese Maßnahme sei Teil der koordinierten Reaktion der EU auf die Bedrohung der öffentlichen Gesundheit durch COVID-19, erklärte die Kommission. Mit dem ersten Budget konnten bereits 17 Projekte ausgewählt werden, an denen 136 Forschungsteams aus der gesamten EU und darüber hinaus beteiligt sind. Diese Teams sollen an der Entwicklung von Impfstoffen, neuen Behandlungsmethoden, Diagnostiktests und medizinischen Systemen arbeiten, mit denen die weitere Ausbreitung des Coronavirus verhindert werden soll. Die Kommission handelt derzeit mit den ausgewählten Forschungseinrichtungen Finanzhilfevereinbarungen aus. Die 17 Projekte werden sich mit Themen rund um Impfstoffe, Schnelltestdiagnostik, neue Behandlungsmethoden und Verbesserung der öffentlichen Gesundheit befassen. Darüber hinaus werden im Rahmen der Initiative für innovative Arzneimittel (IMI), einer öffentlich-privaten Partnerschaft zwischen Kommission und Pharmaindustrie, zusätzliche Forschungsarbeiten mit bis zu 45 Mio. EUR aus dem Programm Horizont 2020 unterstützt. Kommissarin Mariya Gabriel erklärte, das schnelle Tätigwerden der Forschungsgemeinschaft gebe neue Hoffnung, dass man sich dem Ziel, der Ausbreitung des Virus Einhalt zu gebieten, nähere.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_20\\_386](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_386)

### **Kommission; Videokonferenz mit dem ITA-Staatspräsident Giuseppe Conte zum Coronavirus**

Im Anschluss an die Sondertagung via Videokonferenz des ER am 10.03.2020 fand am 11.03.2020 eine Videokonferenz zwischen der Präsidentin der Kommission, Ursula von der Leyen, und dem ITA Staatspräsidenten Giuseppe Conte statt. Die Gesprächspartner waren sich darüber einig, dass es zur Bekämpfung des Coronavirus einer koordinierten und solidarischen europäischen Reaktion bedarf. Die Kommissionspräsidentin erkannte bei der Konferenz die besonderen Anstrengungen der ITA Regierung an und betonte, die europäische Politik müsse aus den Erfahrungen, die ITA derzeit mache, ihre Lehren ziehen. Präsidentin von der Leyen und Präsident Conte verbreiteten ferner, dass zügig Maßnahmen in den folgenden Bereichen ergriffen werden sollten: Austausch sämtlicher relevanter Informationen zur Ausbreitung des Virus und zu den ergriffenen Maßnahmen, Einrichtung eines

speziellen Wissenschaftlerteams auf EU-Ebene, verstärkte Forschungstätigkeit sowie die Koordinierung der Herstellung und Verbreitung von medizinischer Ausrüstung und Arzneimitteln sowie Ermahnung der Mitgliedstaaten, restriktive Maßnahmen zuerst auf europäischer Ebene zu erörtern, damit lebenswichtige Güter dort ankommen, wo sie am dringendsten gebraucht werden, der Binnenmarkt ungestört funktioniert und ungerechtfertigte Hindernisse vermieden werden. Ferner bestätigte von der Leyen, dass die im Stabilitäts- und Wachstumspakt verankerte Flexibilität umfassend Anwendung finden werde. Auch werde die Beihilferegelung für außerordentliche Umstände umgehend angewandt.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement\\_20\\_444](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_20_444)

### **EP; Coronavirus: Debatte über aktuellen Ausbruch und Reaktion der EU**

Am 10.03.2020 hat das EP mit Kommission und kroatischem Ratsvorsitz den COVID-19-Ausbruch erörtert und die Notwendigkeit betont, die Ausbreitung des Virus in Europa zu verlangsamen. Die Kommissarin für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit Stella Kyriakides erklärte, der Ausbruch von COVID-19 sei eine gesundheitliche Notlage, die sich stündlich ändere. Die Mitgliedstaaten (MS) müssen sich darauf konzentrieren, das Virus einzudämmen, um seine Ausbreitung zu verlangsamen, damit die Gesundheitssysteme es bewältigen können und die Auswirkungen auf Wirtschaft und soziales Leben so weit wie möglich begrenzt werden. Mehrere Fraktionsvorsitzende bekundeten ihr Mitgefühl mit den von dem Virus betroffenen Personen und lobten die Gesundheitsfachkräfte, die die infizierten Menschen betreuen. Viele betonten auch, dass die EU sich solidarisch zeigen müsse und mehr Mittel für die Erforschung des Virus bereitgestellt werden müssten. Notwendige medizinische Hilfsmittel wie Testkits, Masken und Atemschutzgeräte sollten innerhalb der EU hergestellt und allen MS zum Kauf zur Verfügung gestellt werden. Einige MdEP wiesen darauf hin, dass eine gemeinsame europäische Risikobewertung erforderlich sei, um sicherzustellen, dass die gleichen Maßnahmen für Gebiete mit demselben Risikograd gelten würden. Einige sprachen auch die Notwendigkeit gemeinsamer Regeln für die Einreise in den Schengen-Raum an.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2020-03-10-ITM-004\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2020-03-10-ITM-004_DE.html)

### **EZB; Lockere Geldpolitik bestätigt und umfassendes Maßnahmenpaket gegen wirtschaftliche Folgen der Coronakrise beschlossen**

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat auf der Sitzung des EZB-Rats am 12.03.2020 beschlossen, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagenfazilität unverändert bei 0,00%, 0,25% bzw. -0,50% zu belassen. Die EZB-Leitzinsen sollen so lange auf ihrem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben, bis festgestellt wird, dass sich die Inflationsaussichten im Projektionszeitraum dem Inflationsziel von nahe, aber unter 2% deutlich annähern. Darüber hinaus wurde vom EZB-Rat ein umfassendes Maßnahmenpaket gegen die wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise beschlossen. Zum einen wurden neue langfristige Kredite für Banken angekündigt, um dem Finanzsystem des Euroraums sofortige Liquiditätsunterstützung zu gewähren. Darüber hinaus wird die EZB bis zum Ende des Jahres einen vorübergehenden Rahmen für zusätzliche Nettoankäufe von Vermögenswerten in Höhe von 120 Mrd. EUR bereitstellen. In Kombination mit dem bestehenden Programm zum Erwerb von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme - APP), das sich derzeit auf 20 Mrd. EUR pro Monat beläuft, soll dies in Zeiten erhöhter Unsicherheit günstige Finanzierungsbedingungen für die Realwirtschaft unterstützen.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2020/html/ecb.mp200123-ae33d37f6e.de.html>

## **Maßnahmen gegen das Corona-Virus in BEL**

Am 12.03.2020 hat die belgische Regierung die so genannte Phase 2 ihrer Abwehrmaßnahmen gegen die Ausbreitung des Corona-Virus in BEL verabschiedet. Diese sehen ab 13.03.2020 um 24 Uhr Einschränkungen des öffentlichen Lebens in BEL vor wie beispielsweise die Schließung der Schulen, die Umstellung der Universitäten auf Tele-Learning und die Absage sämtlicher Sport-, Kultur- und Freizeitaktivitäten unabhängig von den Teilnehmerzahlen. Darüber hinaus werden Diskotheken, Kneipen und Restaurants geschlossen. Hotels bleiben bis auf die angeschlossenen Restaurants geöffnet, Geschäfte sind nur noch in der Woche geöffnet mit der Ausnahme von Lebensmittelgeschäften und Apotheken, diese können auch am Wochenende öffnen. Zwar fahren die öffentlichen Verkehrsmittel im Rahmen ihrer normalen Fahrpläne, die Bürger sollen aber nur noch unerlässliche Fahrten unternehmen. Im Rahmen des Möglichen soll in Büros und Betrieben weitergearbeitet werden, allerdings soll dabei Telearbeit vorgezogen und gefördert werden. Diese Maßnahmen sind zunächst bis zum 03.04.2020 Mitternacht in Kraft. Die Lage wird jedoch täglich neu bewertet.

<https://www.info-coronavirus.be/de/2020/03/12/phase-2-aufrechterhalten-ubergang-zur-foderalen-phase-und-zusatzliche-massnahmen/>

## Außen- und Verteidigungspolitik

### **Kommission; Sachstandsberichte zu Albanien und Nordmazedonien**

Die Kommission hat am 02.03.2020 neue Sachstandsberichte zu Albanien und Nordmazedonien veröffentlicht. In den Sachstandsberichten beschreibt die Kommission die Fortschritte, die beide Länder seit Juni 2018 erzielt haben. Die Kommission hält demnach an ihren Empfehlungen fest, Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien aufzunehmen. Sie bescheinigt Albanien und Nordmazedonien u.a. Fortschritte bei ihren Reformen zur Rechtsstaatlichkeit. Weiterhin geht aus den Sachstandsberichten hervor, dass beide Länder ihre Anstrengungen verstärkt und in Schlüsselbereichen weitere greifbare und nachhaltige Ergebnisse erzielt haben.

<https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/sites/near/files/update-on-the-republic-of-albania.pdf>

<https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/sites/near/files/update-on-the-republic-of-north-macedonia.pdf>

### **Kommission; EU-Afrika-Strategie**

Am 09.03.2020 wurde die neue EU-Afrika-Strategie von der Kommission vorgestellt. Das Ziel ist eine Neuausrichtung der Beziehungen der EU zu Afrika. Die EU will damit den Weg für eine stärkere und ehrgeizigere Partnerschaft mit Afrika ebnen. Es wird eine Intensivierung der Zusammenarbeit in fünf Schlüsselbereichen vorgeschlagen: grüne Wende, digitaler Wandel, nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung, Frieden und Governance, Migration und Mobilität. Gestützt auf diese Mitteilung hat die EU vor, Gespräche mit afrikanischen Partnern zu führen, um auf dem Gipfeltreffen zwischen der EU und der Afrikanischen Union im Oktober 2020 eine gemeinsame Strategie zu verabschieden.

[https://ec.europa.eu/international-partnerships/system/files/communication-eu-africa-strategy-join-2020-4-final\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/international-partnerships/system/files/communication-eu-africa-strategy-join-2020-4-final_en.pdf)

### **Kommission, Hoher Vertreter; Entwicklungshilfe für den Sudan**

Der hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik (HV) Josep Borrell hat während seines Besuches am 01.03.2020 im Sudan ein weiteres Hilfspaket zur Unterstützung des Landes bei der Erschaffung eines demokratischen Systems zur Verfügung zu stellen. Zusätzlich zu den bereits eingesetzten 150 Mio. EUR werden 100 Mio. EUR zur Stärkung des Übergangs in ein neues Politiksystem bereitgestellt. Als humanitäre Hilfe werden weitere 30 Mio. EUR in das Land überwiesen.

[https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/75347/sudan-high-representativevice-president-josep-borrell-concludes-visit-country\\_en](https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/75347/sudan-high-representativevice-president-josep-borrell-concludes-visit-country_en)

### **Kommission; Humanitäre Hilfe für Rohingya in Bangladesch und Myanmar**

Die Kommission kündigte am 03.03.2020 an, 31 Mio. EUR zur Bewältigung der Rohingya-Krise bereitzustellen. Damit sollen u.a. ein Gesundheitsdienst, Bildungsmaßnahmen und Nahrungsmittelhilfen finanziert werden. Im Rahmen der Krise wurden 2019 bereits 36 Mio. EUR seitens der EU zur Verfügung gestellt.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_20\\_371](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_371)

## E u r o p ä i s c h e s P a r l a m e n t

### **Plenarsitzung des EP vom 10.03.2020 in Brüssel**

Ausnahmsweise fand die März-Plenarsitzung des EP in Brüssel und nicht in Straßburg statt, da Bedenken im Zusammenhang mit der Ausbreitung des Coronavirus bestehen. Parlamentspräsident David Sassoli erklärte am Montagabend, dass die ursprünglich viertägige Plenarsitzung des EP nur am 10.03.2020 in Brüssel stattfinden werde.

### Debatte über den gescheiterten EU-Haushaltsgipfel

In einer Debatte über gescheiterten EU-Haushaltsgipfel bedauerten die MdEP am 10.03.2020, dass die Mitgliedstaaten (MS) nicht bereit sind, der EU die notwendigen Mittel zur Bewältigung der Herausforderungen der EU zur Verfügung zu stellen. Nachdem der Präsident des Europäischen Rates Charles Michel das Scheitern des Haushaltsgipfels vom 20./21.02.2020 im Plenum zugegeben hatte, kritisierten die MdEP dessen Diskussionsvorlage für die MS und erklärten, dass auf dieser Grundlage die EU „bedeutungslos“ werden würde. Die Vorlage sei „skandalös“, insbesondere angesichts der derzeitigen Krise an der griechischen Grenze und der COVID-19-Krise, da Michel u. a. Kürzungen bei Migrations- und Forschungsprogrammen vorgeschlagen hatte. „Besser keine Einigung als eine schlechte Einigung“, betonten verschiedene MdEP und forderten die Kommission nachdrücklich auf, einen Notfallplan vorzulegen, um Begünstigte wie Städte, Regionen, Studenten, Forscher, Unternehmen und NRO in ganz Europa zu schützen, da eine Verzögerung des nächsten langfristigen Haushalts kaum noch vermieden werden kann.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2020-03-10-ITM-008\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2020-03-10-ITM-008_DE.html)

### Flüchtlinge: Lage an der griechisch-türkischen Grenze

In einer Debatte mit Kommissarin Johansson und dem kroatischen Ratsvorsitz kritisierte die Mehrheit der Redner den türkischen Präsidenten Erdoğan dafür, dass er das Leid der Menschen für politische Zwecke instrumentalisieren. Viele betonten auch, dass die Flüchtlingskrise von 2015 sich nicht wiederholen sollte, und forderten die Überarbeitung der gemeinsamen EU-Asylvorschriften (siehe Beitrag unter „Inneres“).

**AdR; ECON-Fachkommissionssitzung**

Am 02.03.2020 fand in Brüssel eine Sitzung der AdR-Fachkommission ECON für Wirtschaftspolitik statt. Für Hessen nahm Staatssekretär Weinmeister teil. Dabei wurde über folgende Stellungnahmeentwürfe abgestimmt: „Die Umsetzung von Freihandelsabkommen aus regionaler und lokaler Sicht“, „Das Haushaltsinstrument für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit (BICC)“ sowie „Das Dienstleistungspaket: aktualisierter Standpunkt der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften Europas“.  
<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2164346&meetingSessionId=2204153>

**AdR; COTER-Fachkommissionsitzung**

Am 03.03.2020 fand in Brüssel eine Sitzung der AdR-Fachkommission COTER für Kohäsionsfonds statt. Dabei wurde über folgenden Stellungnahmeentwurf abgestimmt: „Neuaufgabe der Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“. Darüber hinaus wurde eine Orientierungsdebatte zu folgendem Thema geführt: „Fonds für einen gerechten Übergang“.  
<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2164745&meetingSessionId=2204652>

**AdR; NAT-Fachkommissionsitzung**

Am 05.03.2020 fand in Brüssel eine Sitzung der AdR-Fachkommission NAT für Natürliche Ressourcen statt. Dabei wurden über folgenden Stellungnahmeentwurf abgestimmt: „Intensivierung der EU-Maßnahmen zum Schutz und zur Wiederherstellung der Wälder in der Welt“. Darüber hinaus fanden Meinungsaustausche zu folgenden Arbeitsdokumenten statt: „Grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung“, „ein nachhaltigerer Tourismus für die Städte und Regionen der EU“ sowie „vom Hof auf den Tisch – die lokale und regionale Dimension“.  
<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2164785&meetingSessionId=2204694>

Wirtschaft

**Kommission; Zustimmung zur Übernahme der „real“-Supermärkte**

Am 05.03.2020 stimmte die Kommission einer Übernahme der Supermarktkette „real“ durch die luxemburgische SCP Group zu. Bisher war das 276 Filialen starke Unternehmen ein Teil der METRO AG mit Sitz in Düsseldorf.  
[https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case\\_details.cfm?proc\\_code=2\\_M\\_9703](https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=2_M_9703)

**Kommission; Zustimmung zur Teilübernahme der „Sims Metal Management Limited“**

Die Kommission stimmte am 06.03.2020 einer Teilübernahme der amerikanischen Sims Metal Management Limited durch die TSR Recycling Gruppe zu. Die TSR Recycling Gruppe ist ein Unternehmen der Remondis Gruppe und betreibt in Europa 150 Wertstoffrecyclinghöfe, davon fünf in Hessen. Das Unternehmensangebot wird durch die Übernahme mit Wertstoffhöfen ergänzt, die Elektrorecycling und das Recycling von gemischten Werkstoffen umsetzen.  
[https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case\\_details.cfm?proc\\_code=2\\_M\\_9649](https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=2_M_9649)

### **Kommission; Konsultation zum CO2-Grenzausgleichssystem**

Die Kommission hält seit dem 04.03.2020 eine Konsultation über das im Rahmen des Green Deal geplante CO2-Grenzausgleichssystem ab. Parallel zu der Konsultation wurde ein Fahrplan zur Folgenabschätzung des Systems veröffentlicht. Bis zum 01.04.2020 können Rückmeldungen abgegeben werden. Die Planungen zu dem CO2-Grenzausgleichssystem befinden sich momentan noch in der Anfangsphase, mithilfe der Konsultation soll die genaue Ausgestaltung des Legislativaktes erarbeitet werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12228-Carbon-Border-Adjustment-Mechanism>

### **Kommission; Konsultation zur Energiebesteuerungsrichtlinie**

Am 04.03.2020 veröffentlichte die Kommission einen Fahrplan zur Folgenabschätzung zur Überarbeitung der Energiebesteuerungsrichtlinie. Dabei wird eine Anpassung der Besteuerung von Energieerzeugnissen an die aktuelle EU-Umwelt- und Klimapolitik verfolgt. Auch soll der EU-Binnenmarkt durch eine Aktualisierung des Anwendungsbereiches und der Struktur der Steuersätze sowie der Steuerausnahmen besser geschützt werden. Zu diesem Fahrplan hält die Kommission eine Konsultation ab, zu der bis zum 01.04.2020 Rückmeldungen abgegeben werden können.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12227-Revision-of-the-Energy-Tax-Directive->

### **Kommission; Einführung weiterer Handelsschutzmaßnahmen für Stahlprodukte**

Seit dem 05.03.2020 setzt die Kommission weitere Antidumpingzölle auf die Einfuhr von Stahlrädern aus China um. Durch die zusätzlichen Zölle (i.H.v. 50,3% bis zu 66,4%) sollen etwa 3000 zuvor gefährdete Arbeitsplätze gesichert sowie faire Bedingungen für die EU-Stahlerzeuger wiederhergestellt werden. Die Maßnahmen gelten für die nächsten fünf Jahre und lösen vorübergehende Maßnahmen ab, welche im Oktober 2019 eingeführt wurden.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32020R0353&from=EN>

### **Kommission; Konsultation zur Evaluierung der Zusammenarbeit im Zoll- und Amtshilfebereich mit China**

Am 06.03.2020 publizierte die Kommission einen Fahrplan für die für das vierte Quartal geplante Evaluierung des 2004er Abkommens im Bereich der Zoll- und Amtshilfe zwischen der EU und China. Die dazugehörige Konsultation ist bis zum 03.04.2020 geöffnet.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/1941-EU-China-Customs-Agreement>

### **Kommission; Vereinbarung mit Plattformbetreibern zur Veröffentlichung von Übernachtungsdaten von Reisenden**

Zusammen mit mehreren Plattformbetreibern hat die Kommission am 05.03.2020 angekündigt, in Zukunft statistische Daten über Kurzaufenthalte zu sammeln und zu veröffentlichen. Dazu leiten die Betreiber (Airbnb, Booking, Expedia und Tripadvisor) Daten, z.B. über die Anzahl und den Ort der Übernachtungen, an Eurostat weiter. Die gewonnenen Informationen sollen u.a. zukünftig zu einem besseren Verständnis der Tourismusbranche sowie zur unterstützenden politischen Argumentation genutzt werden.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP\\_20\\_194](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_20_194)

## **Eurostat; Veröffentlichung der Daten zum regionalen Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im Jahr 2018**

Eurostat, das statistische Amt der EU, veröffentlichte am 05.03.2020 die Daten zum regionalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf für das Jahr 2018. Das regionale Pro Kopf-BIP, ausgedrückt in Kaufkraftstandards, reicht von 30% des EU-Durchschnittswerts in der französischen Übersee-Region Mayotte bis zu 263% in LUX. LUX folgt der Süden von IRL mit 225% sowie Osten und Midland in IRL mit 210%, die Brüsseler Region in BEL mit 203%, gefolgt von Hamburg in DEU mit 197%. Darmstadt liegt bei 159%, Gießen bei 105% und Kassel bei 113%. Die auffälligen regionalen Unterschiede beim BIP pro Kopf werden laut Eurostat erheblich kleiner, wenn das BIP je Beschäftigtem, also die Arbeitsproduktivität betrachtet wird. Dies zeigt sich am deutlichsten in HUN, wo ein Verhältnis von 3,2% beim BIP pro Kopf gegenüber 1,1% beim BIP pro Beschäftigtem festgestellt wurde. In Hessen sind diese großen Unterschiede nicht festgestellt worden. Das BIP pro Beschäftigtem liegt aber in Darmstadt, Gießen und Kassel niedriger als das BIP je Beschäftigtem ausgedrückt in Kaufkraftstandards.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/10474915/1-05032020-AP-DE.pdf/4df03011-0b54-98fb-4e44-76ed23d2df8c>

## **Rat; Schlussfolgerungen zum Thema „Bessere Rechtsetzung: Gewährleistung von Wettbewerbsfähigkeit sowie nachhaltigem und integrativem Wachstum“**

Der Rat für Wettbewerbsfähigkeit hat am 28.02.2020 Schlussfolgerungen im Rahmen seiner Agenda für bessere Rechtsetzung angenommen. Darin geht es um die Qualität der Folgenabschätzungen und die Notwendigkeit, dass die politischen Entscheidungsträger die besonderen Interessen von kleinen und mittleren Unternehmen, Start-ups und Kleinstunternehmen berücksichtigen und die Methoden zur Überprüfung, ob die bestehenden Rechtsvorschriften der EU weiterhin ihren Zweck erfüllen, verbessern.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-6232-2020-INIT/de/pdf>

## **Rat; Europäischer Grüner Deal – Übergang zu einer klimaneutralen Kreislaufwirtschaft in der EU**

Der Wettbewerbsfähigkeitsrat hat am 28.02.2020 auf der Grundlage eines Vermerks des Vorsitzes erörtert, welche politischen Strategien am besten geeignet sind, um den Beitrag der Industrie zur Verwirklichung der bis 2050 angestrebten Klimaneutralität zu unterstützen, das Risiko der Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen zu verringern und den Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft durch Digitalisierung zu erleichtern und zu beschleunigen.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-5767-2020-INIT/de/pdf>

## **Kommission; Konsultation zur Überarbeitung der „Corporate Social Responsibility“-Richtlinie**

Die Kommission startete eine öffentliche Konsultation zur Überprüfung der sogenannten „Corporate Social Responsibility“-Richtlinie (CSR-RL 2014/95/EU). Die Teilnahme ist bis zum 14.05.2020 möglich. Die Online-Konsultation stellt Fragen zur Ausweitung des Anwendungsbereichs und ob zusätzliche Informationen in den Bericht aufgenommen werden sollen. Die CSR-RL hat bestimmte große kapitalmarktorientierte Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern sowie große Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen verpflichtet, jährlich eine sogenannte nicht finanzielle Erklärung bzw. einen sogenannten CSR-Bericht zu erstellen. Dieser muss mindestens Angaben zu Umwelt-, Sozial- und Arbeitnehmerbelangen sowie zur Achtung der Menschenrechte und zur Bekämpfung von Korruption und Bestechung enthalten.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12129-Revision-of-Non-Financial-Reporting-Directive/public-consultation>

### **Kommission; Prüfung des italienischen staatlichen Darlehens für Alitalia**

Am 28.02.2020 kündigte die Kommission an, im Rahmen ihrer Kompetenzen zur Überprüfung von staatlichen Beihilfen, ein 400 Mio. EUR starkes Darlehen des italienischen Staates an die Airline Alitalia zu untersuchen. Der Kredit sollte Alitalia die Möglichkeit geben, seine Vermögenswerte einfacher zu veräußern und so die zuvor eingeleitete Insolvenz zu überwinden. Die Überprüfung soll feststellen, ob das Darlehen eine staatliche Beihilfe darstellt und ob diese gegebenenfalls nicht mit den EU-Beihilfevorschriften im Einklang steht.

[https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case\\_details.cfm?proc\\_code=3\\_SA\\_55678](https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=3_SA_55678)

### **Kommission; Konsultation zum Ausschluss von Flügen aus der Schweiz aus dem EU-Emissionshandelssystem**

Seit dem 02.03.2020 bietet die Kommission die Möglichkeit zur Rückmeldung zum geplanten Ausschluss von Flügen aus der Schweiz aus dem EU-Emissionshandelssystem. Die Konsultation ist bis zum 30.03.2020 geöffnet.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12226-Exclusion-of-incoming-flights-from-Switzerland-from-the-EU-ETS>

### **Kommission; Aufruf zur Bewerbung als Europäische Innovationshauptstadt**

Seit dem 05.03.2020 bietet die Kommission Städten die Möglichkeit an, sich für den Wettbewerb als europäische Innovationshauptstadt anzumelden. Durch die Jury werden Prozesse in Städten bewertet, welche 2019/2020 in besonders innovativem Maße gesellschaftliche Probleme angegangen sind und versucht haben, das Leben ihrer Bürger zu verbessern. Die Anmeldung steht Städten mit mindestens 100.000 Einwohnern offen, der Hauptpreis ist mit 1 Mio. EUR dotiert. Bewerbungen werden bis zum 23.06.2020 angenommen.

[https://ec.europa.eu/info/research-and-innovation/funding/funding-opportunities/prizes/icapital\\_de#how](https://ec.europa.eu/info/research-and-innovation/funding/funding-opportunities/prizes/icapital_de#how)

### **Kommission; Aufruf zur Bewerbung für den RegioStar Award 2020**

Die Kommission hat am 02.03.2020 die Bewerbungsphase für den 13. RegioStars Award eröffnet. Ausgezeichnet werden EU-finanzierte Projekte, die herausragende Leistungen und neue Ansätze in der regionalen Entwicklung bzw. Kohäsionspolitik demonstrieren. Die Preise werden in insgesamt fünf Kategorien verliehen, u.a. in „Industrieller Wandel für ein intelligentes Europa“ oder „Engagement der Bürger/innen für den Zusammenhalt in europäischen Städten“. Eine Bewerbung ist bis zum 09.05.2020 möglich.

[https://ec.europa.eu/regional\\_policy/de/regio-stars-awards/](https://ec.europa.eu/regional_policy/de/regio-stars-awards/)

### **Kommission; Veröffentlichung einer neuen europäischen Industriestrategie**

Die Kommission legte am 10.03.2020 eine neue Strategie für eine europäische Industriepolitik vor. Dieses Paket von Initiativen enthält aus Sicht der Kommission einen neuen Ansatz für die europäische Industriepolitik, der fest in den europäischen Werten und sozialmarktwirtschaftlichen Traditionen verankert ist. In dem Paket wird eine Reihe von Maßnahmen zur Unterstützung aller Akteure der europäischen Industrie, einschließlich großer und kleiner Unternehmen, innovativer Start-up-Unternehmen, Forschungszentren, Dienstleistungserbringern, Anbietern und Sozialpartnern, dargelegt. Die Strategie zielt darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit der

EU und ihre strategische Autonomie in einer Zeit voranzutreiben, in der sich die geopolitische Landschaft verändert und der globale Wettbewerb zunimmt.

[https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/communication-eu-industrial-strategy-march-2020\\_de.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/communication-eu-industrial-strategy-march-2020_de.pdf)

### **Kommission; Veröffentlichung einer neuen Strategie für kleine und mittlere Unternehmen – KMU-Strategie**

Am 10.03.2020 wurde die KMU-Strategie für ein nachhaltiges und digitales Europa veröffentlicht. In der Strategie werden Maßnahmen auf der Grundlage der folgenden drei Säulen vorgeschlagen: Kapazitätsaufbau und Unterstützung des Übergangs zu Nachhaltigkeit und Digitalisierung; Abbau der regulatorischen Hürden und Verbesserung des Marktzugangs und Verbesserung des Zugangs zu Finanzierungsmöglichkeiten. Ziel ist es, die Kräfte der europäischen KMU jeglicher Art im Hinblick auf eine Vorreiterrolle beim doppelten Übergang freizusetzen. Mit der Strategie soll die Zahl der KMU, die nachhaltige Geschäftspraktiken übernehmen und die Zahl der KMU, die digitale Technologien einsetzen, deutlich erhöht werden.

[https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/communication-sme-strategy-march-2020\\_de.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/communication-sme-strategy-march-2020_de.pdf)

### **Kommission; Vorlage eines Berichts zu Binnenmarkthindernissen sowie eines Aktionsplans zur Verstärkung des Binnenmarkts**

Als Teil des sogenannten Industriepakets legte die Kommission am 10.03.2020 einen Bericht mit dem Titel „Hindernisse für den Binnenmarkt ermitteln und abbauen“ sowie einen Aktionsplan zur Durchsetzung des Binnenmarkts vor. Europa sei wegweisend für den doppelten Übergang zur Klimaneutralität und digitalen Führung. Daher ist die Modernisierung und Stärkung des Binnenmarktes in diesem Zusammenhang eine der Hauptprioritäten der Kommission für die nächsten fünf Jahre.

[https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/communication-eu-single-market-barriers-march-2020\\_de.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/communication-eu-single-market-barriers-march-2020_de.pdf)

[https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/communication-enforcement-implementation-single-market-rules\\_en\\_0.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/communication-enforcement-implementation-single-market-rules_en_0.pdf)

### **Kommission; Vorlage eines neuen Aktionsplans zur Kreislaufwirtschaft**

Die Kommission (KOM) legte am 11.03.2020 den neuen „Aktionsplan für eine europäische Kreislaufwirtschaft“ vor. Dieser Aktionsplan wurde im Rahmen des „Europäischen Green Deals“ von der KOM angenommen. Der Aktionsplan zielt darauf ab, nachhaltige Geschäftsmodelle in Europa zur Norm zu machen. Die Klimaziele des „Europäischen Green Deals“ sind aus Sicht der KOM nur mit einer erweiterten Kreislaufwirtschaft erreichbar.

[https://ec.europa.eu/environment/circular-economy/index\\_en.htm](https://ec.europa.eu/environment/circular-economy/index_en.htm)

### **EuGH; Finanzielle Sanktionen wegen staatlicher Beihilfen für Hotels in ITL**

Der EuGH hat mit Urteil vom 12.03.2020 in der Rechtssache C-576/18 finanzielle Sanktionen gegen ITL verhängt. ITL wurde verurteilt, an den Unionshaushalt einen Pauschalbetrag von 7.500.000 EUR und, beginnend mit dem Tag der Urteilsverkündung, ein Zwangsgeld von 80.000 EUR für jeden Tag des Verzugs zu zahlen. Der EuGH hatte mit Urteil vom 29.03.2012 (C-243/10) festgestellt, dass ITL nicht die nötigen Maßnahmen ergriffen hat, um unzulässige Beihilfen zugunsten der Hotelindustrie auf Sardinien von den Empfängern zurückzufordern. Mit der nun entschiedenen zweiten Klage beehrte die Kommission mit Erfolg die Feststellung, dass ITL weiterhin nicht alle erforderlichen Maßnahmen getroffen habe. Nach Ansicht des EuGH hat ITL sein Vorbringen, dass die Rückforderung der gesamten streitigen Beihilfen unmöglich sei, nicht bewiesen. Auch könne sich das Land nicht auf das

berechtigte Vertrauen der Empfänger rechtswidriger Beihilfen berufen. Das habe der EuGH bereits in seinem Ersturteil festgestellt.

<http://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-576/18>

## V e r k e h r

### **Kommission; Widmung von 2021 zum „Jahr der europäischen Schiene“**

Am 04.03.2020 gab die Kommission ihre Pläne bekannt, das Jahr 2021 zum „Jahr der europäischen Schiene“ werden zu lassen. Dies dient vorrangig der Förderung der Nachhaltigkeit und soll auf die Relevanz des Verkehrsmittels Schiene hinweisen. Zudem soll der weitere Ausbau der intereuropäischen Bahnverbindungen – im Güter wie im Personenverkehr – gefördert werden. Um die Ziele des Green Deals der Kommission zu erreichen, ist eine massive Verringerung der Treibhausgaswerte im Bereich Verkehr notwendig. Hierbei sieht die Kommission den Verkehrsträger Schiene in starker Verantwortung: es handelt sich dabei um das einzige Mobilitätsmittel, das seine CO<sub>2</sub>-Emissionen seit 1990 fast ununterbrochen senken konnte, während das Beförderungsvolumen gleichzeitig zunahm. Die Kommission führt bis zum 03.05.2020 eine Konsultation zu den Plänen durch.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12234-European-Year-of-Rail-2021-A%20European%20Year%20of%20Rail%202021%20-%20proposal>

### **EuRH; Sonderbericht über den Wandel der Mobilität in Städten**

Der europäische Rechnungshof (EuRH) hat am 04.03.2020 den Sonderbericht „Nachhaltige urbane Mobilität in der EU: Ohne das Engagement der Mitgliedstaaten sind keine wesentlichen Verbesserungen möglich“ veröffentlicht. Untersucht wurden für den Zeitraum 2014-2020 im Rahmen des Berichtes die Mobilitätskonzepte mehrerer europäischer Großstädte (z.B. Hamburg) sowie deren Auswirkung auf die Umweltverschmutzung. Der EuRH hat festgestellt, dass trotz der durch die EU bereitgestellten 16,5 Mrd. EUR kein signifikanter Rückgang der PKW-Nutzung zu verzeichnen war und die Luftverschmutzung oftmals noch über den europaweit festgelegten Grenzwerten lag. Als Hauptursache wurde festgestellt, dass Projekte oftmals verzögert fertiggestellt werden, Fahrgastprognosen nicht eingehalten werden oder eine kohärente Strategie vermissen lassen. Auch ein Wandel im Politikbereich des Radfahrens, der Parkraumbewirtschaftung oder dem Einrichten von verkehrsfreien Zonen vermisste der EuRH in dem Sonderbericht.

[https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR20\\_06/SR\\_Sustainable\\_Urban\\_Mobility\\_DE.pdf](https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR20_06/SR_Sustainable_Urban_Mobility_DE.pdf)

## D i g i t a l

### **Kommission; neuer Aufruf zu WiFi4EU am 17.03.2020**

Die Kommission wird am 17.03.2020 (13:00 Uhr) ihren vierten und letzten Aufruf des Förderprogramms WiFi4EU starten. Der Aufruf endet am 18.03.2020 (17:00 Uhr). Die Kommission wird 947 Gutscheine an Gemeinden vergeben. Die Gemeinden können Gutscheine im Wert von 15.000 EUR für die Installation von WLAN-Netzen beantragen; sie müssen sich vorher aber auf dem WiFi4EU-Portal registrieren. Die Hotspots sollen an öffentlichen Orten eingerichtet werden, an denen noch kein kostenloses WLAN-Angebot verfügbar ist. Es steht insgesamt ein Budget von 14,2

Mio. EUR zum Abruf. Beim ersten WiFi4EU-Aufruf 2018 wurden 2.800 Gutscheine nach Bewerbungen aus mehr als 13.000 Gemeinden aus allen Mitgliedstaaten, Norwegen und Island vergeben. Beim zweiten Aufruf im April 2019 wurden mehr als 10.000 Bewerbungen für 3.400 Gutscheine eingereicht. Bei der dritten Ausschreibung im September 2019 wurden in den ersten zwei Sekunden 1.780 Gutscheine verteilt.  
<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/wifi4eu-new-call-date-announced-1>

## Forschung

### **Rat; Forschung: Einigung über künftige Strategische Innovationsagenda (SIA) des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts (EIT)**

Der Rat für Wettbewerbsfähigkeit hat sich in seiner ordentlichen Sitzung am 28.02.2020 in der Formation Forschung mit der künftigen Strategischen Innovationsagenda des EIT befasst und diese verabschiedet. Durch die partielle allgemeine Ausrichtung haben die Forschungsminister einen Teil des neuen Rechtsrahmens für die Arbeitsweise des EIT für die neue Förderperiode im Zeitraum von 2021 bis 2027 angenommen. Dadurch werden auch die Ziele, die zentralen Maßnahmen, die erwarteten Ergebnisse und die benötigten Ressourcen definiert. Blaženka Divjak, kroatische Ministerin für Wissenschaft und Bildung, begrüßte für die Ratspräsidentschaft die Einigung und erklärte, die Vereinbarung ebne den Weg für offenere und effizientere Wissensgemeinschaften in der EU. Im Vergleich zum Kommissionsvorschlag sieht der Text des Rates vor, dass die Wissens- und Innovationsgemeinschaften (KICs) zu mehr Offenheit und Transparenz verpflichtet werden. Der Text legt Auswahlkriterien für das Regionale Innovationsschema (RIS) sowie die dem RIS zuzuweisenden Haushaltsmittel fest. Zudem wird ein Finanzierungsmodell für die KICs vorgesehen, bei dem das Prinzip der leistungsorientierten Mittelzuweisung Anwendung finden soll. Nun sollen zu diesem Dossier Trilog-Verhandlungen mit dem EP stattfinden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/02/28/eit-strategic-innovation-agenda-political-agreement-in-the-council/>

### **Rat; Forschung; Forschungsrahmenprogramm; Assoziierung von Drittstaaten in Horizont Europa**

Auf der Tagung des Rates Wettbewerbsfähigkeit berieten am 27.02. und 28.02.2020 die Forschungsminister über die Frage, wie in Zukunft die Partnerstaaten der EU im Forschungsbereich mit Einrichtungen in der EU kooperieren können. Insbesondere durch den Brexit hat diese Frage an Relevanz gewonnen. Zudem ist v.a. mit Blick auf wichtige EU-Partner wie die Schweiz, die USA und Israel zu klären, welche Grundsätze für die Assoziierung gelten werden. Dieser Bereich ist trotz des weitgehend erfolgten Abschlusses des neuen Horizon-Programms noch nicht legislativ festgelegt. Daher fand ein Austausch auf Grundlage eines Vermerkes des Vorsitzes über die EU-Strategie für die internationale Zusammenarbeit im Bereich Forschung und Innovation statt. Die EU sollte internationale Partner in ihrem Forschungs- und Innovationsprogramm willkommen heißen, resümierte der kroatische Ratsvorsitz nach der Sitzung. Gleichzeitig betonten mehrere Minister die Bedeutung von Kooperationsabkommen für die Erfüllung von Bedingungen wie Reziprozität, Mehrwert und Anerkennung der EU-Werte. Ein differenzierter Ansatz, der Mitgliedstaaten bevorzugt, die in Bereichen gemeinsamer strategischer Interessen kooperieren wollen, erhielt breite Unterstützung. Die Minister forderten, dass Drittstaaten ihre Forschungssysteme entsprechend auch für Forscher aus der EU öffnen müssten und

die EU-Regeln für den Schutz des geistigen Eigentums achten müssten. Forschungskommissarin Mariya Gabriel erklärte nach der Sitzung den Kommissionsansatz, wonach Drittstaaten das Angebot einer Teilnahme auf Basis gesamter Säulen im Rahmenprogramm ermöglicht werden sollte, nicht aber einzeln zu Unterbereichen wie etwa Missionen oder Partnerschaften. Zudem gelte, dass über die Teilnahme von Drittstaaten im Europäischen Innovationsrat seitens der Kommission von Fall zu Fall entschieden werden solle. Mindestens eine Ratsdelegation erwägt aber generell ein Vorgehen nach einzelnen Instrumenten. Die Gespräche und Verhandlungen zur Frage der Assoziierung müssen somit von Rat und EP noch fortgeführt werden; dieser Austausch stellte lediglich eine Etappe im Prozess dar. Die konkrete Definition der Assoziierungskriterien ist noch zu klären.

<https://eu2020.hr/Home/OneNews?id=185>

### **Kommission; Europäischer Grüner Deal; Arbeitsprogramm des Europäischen Innovationsrats**

Am 03.03.2020 hat die Kommission den Entwurf einer Aktualisierung des Horizont 2020-Arbeitsprogramms zur Pilotphase des Europäischen Innovationsrates (EIC) veröffentlicht. Für das Jahr 2020 sind ca. 1,4 Mrd. EUR für Maßnahmen des EIC-Piloten vorgesehen. Eine Änderung ist die Budgetierung von 350 Mio. EUR für Maßnahmen, die zum "European Green Deal" sowie zur UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung beitragen sollen. Hiervon sind 300 Mio. EUR für eine Ausschreibung im Rahmen des „EIC Pilot Accelerator“ für KMU und Startups vorgesehen, die mindestens eines der Ziele des Europäischen Grünen Deals unterstützen. Antragsfrist ist der 19.05.2020. In dieser Förderlinie hat die Kommission außerdem eine stärkere Beteiligung von Unternehmen mit weiblicher Führung zum Ziel gemacht. Daher sollen mindestens 25% der zu den Face-to-Face-Interviews eingeladenen KMU und Startups von Frauen geführt werden.

[https://ec.europa.eu/info/news/eu350-million-proposed-support-green-deal-innovators-across-europe-2020-mar-03\\_en](https://ec.europa.eu/info/news/eu350-million-proposed-support-green-deal-innovators-across-europe-2020-mar-03_en)

## Finanzdienstleistungen

### **Kommission; Finanzstabilitäts- und Integrationsbericht für 2020**

Am 03.03.2020 hat die Kommission den jährlichen europäischen Finanzstabilitäts- und Integrationsbericht für 2020 veröffentlicht. Dieser untersucht die jüngsten wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf die Finanzstabilität und -integration in der EU. Zusätzlich zu den Entwicklungen im Bankensektor kombiniert der diesjährige Bericht verschiedene Perspektiven auf die verschiedenen strukturellen Veränderungen, die im europäischen Finanzsystem stattfinden. Die Kommission kommt in ihrem Bericht insbesondere zu dem Schluss, dass die Banken ihre Finanzen seit der Finanzkrise zwar stabilisieren konnten, jedoch nach wie vor mit geringer Rentabilität kämpfen. Des Weiteren suchen die Banken nach neuen Geschäftsmodellen, um dem voranschreitenden technologischen Fortschritt im Bankensektor gerecht zu werden, der gleichzeitig das bestimmende Thema des Berichts darstellt. Abschließend stellt die Kommission fest, dass es Fortschritte bei der Kapitalmarkt- und Bankenunion braucht, um effizientere, gesamteuropäische Kapital- und Bankenmärkte zu erhalten.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20200303-kapitalmarkt-und-bankenunion\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20200303-kapitalmarkt-und-bankenunion_de)

## **Kommission; Berichte der Technischen Expertengruppe für nachhaltige Finanzen werden begrüßt**

Die Kommission hat am 09.03.2020 zwei neue Berichte der Technischen Expertengruppe für nachhaltige Finanzen begrüßt. Dabei geht es zum einen um ein EU-weites Klassifikationssystem für nachhaltige und klimafreundliche Investitionen – die sogenannte „Taxonomie“ – und zum anderen um den künftigen EU-Standard für grüne Anleihen. Der Expertenbericht über die Taxonomie enthält Empfehlungen zur Gestaltung der „grünen Liste“ der EU, einschließlich einer Anleitung, wie Unternehmen und Finanzdienstleister sie nutzen können. Die Kommission wird diesen Bericht als Grundlage für die Entwicklung von Regeln verwenden, die künftig zur Klassifizierung von nachhaltigen Investitionen dienen sollen. Die Kommission wird bis Ende 2020 die „grüne Liste“ in Form von delegierten Rechtsakten verabschieden, wie in der vom EU-Parlament und den Mitgliedstaaten bereits vereinbarten Verordnung über die EU-Taxonomie festgelegt. Die Technische Expertengruppe setzt sich aus Vertretern der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft, der Wirtschaft und dem Finanzsektor zusammen und unterstützt die Kommission bei der Entwicklung einer Politik für ein nachhaltiges Finanzwesen. Der Finanzsektor soll so einen entscheidenden Beitrag für den Übergang zu einem klimaneutralen Europa leisten.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20200309-nachhaltige-finanzen\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20200309-nachhaltige-finanzen_de)

## F i n a n z e n

### **EuGH; Spanische Gerichte müssen Klauseln in Hypothekendarlehensverträgen auf Klarheit und Verständlichkeit überprüfen**

Im am 03.03.2020 verkündeten Urteil C-125/18 hat der EuGH für Recht erkannt, dass die Klausel eines zwischen einem Verbraucher und einem Gewerbetreibenden geschlossenen Hypothekendarlehensvertrags, der zufolge sich der Satz des vom Verbraucher zu entrichtenden Zinses in Abhängigkeit vom auf den Hypothekendarlehen der spanischen Sparkassen beruhenden Referenzindex ändert, in den Anwendungsbereich der Richtlinie über missbräuchliche Klauseln fällt. Diese Klausel beruht nämlich nicht auf bindenden Rechtsvorschriften im Sinne von Art. 1 Abs. 2 dieser Richtlinie. Der Gerichtshof hat außerdem klargestellt, dass die spanischen Gerichte eine solche Klausel auf Klarheit und Verständlichkeit unabhängig davon überprüfen müssen, ob das spanische Recht von der den Mitgliedstaaten in Art. 4 Abs. 2 der Richtlinie über missbräuchliche Klauseln gebotenen Möglichkeit Gebrauch gemacht hat, vorzusehen, dass sich die Beurteilung der Missbräuchlichkeit einer Klausel insbesondere nicht auf den Hauptgegenstand des Vertrags erstreckt.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2020-03/cp200023de.pdf>

### **EuGH; Mit der ungarischen Werbesteuer zusammenhängendes Sanktionssystem ist nicht mit dem Unionsrecht vereinbar**

Mit seinem Urteil vom 03.03.2020, C-482/18, hat der EuGH entschieden, dass der Grundsatz des freien Dienstleistungsverkehrs nach Art. 56 AEUV der ungarischen Regelung, nach der in einem anderen Mitgliedstaat ansässige Werbedienstleister für die Zwecke ihrer Besteuerung mit der ungarischen Werbesteuer anmeldepflichtig sind, nicht entgegensteht. Dies gilt trotz des Umstands, dass die in HUN ansässigen Werbedienstleister von dieser Pflicht mit der Begründung befreit sind, dass sie wegen ihrer Steuerpflicht bezüglich anderer im ungarischen Hoheitsgebiet geltender Steuern Anmelde- oder Registrierungspflichten unterliegen. Im vorliegenden Fall hat Google Ireland gegen seine Pflicht zur Anmeldung im Zusammenhang mit dieser Steuer verstoßen. Der Gerichtshof hat festgestellt, dass der Grundsatz des freien

Dienstleistungsverkehrs der ungarischen Regelung entgegensteht, mit der gegen diese Dienstleister, wenn sie der Pflicht zur Anmeldung nicht nachgekommen sind, innerhalb weniger Tage eine Reihe von Geldbußen verhängt wird, die sich auf mehrere Millionen EUR belaufen können, ohne dass die zuständige Behörde vor dem Erlass ihrer Entscheidung diesen Dienstleistern die zur Erfüllung ihrer Pflichten erforderliche Zeit gewährt, ihnen Gelegenheit zur Stellungnahme gibt und die Schwere des Verstoßes selbst prüft.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2020-03/cp200021de.pdf>

### **EuGH; Ungarische Sondersteuern sind mit Unionsrecht vereinbar**

In den am 03.03.2020 verkündeten Urteilen C-75/18 und C-323/18 hat der EuGH entschieden, dass die in HUN auf den Umsatz von Telekommunikations- und Einzelhandelsunternehmen erhobenen Sondersteuern mit dem Grundsatz der Niederlassungsfreiheit und mit der Mehrwertsteuerrichtlinie vereinbar sind. Der Umstand, dass diese progressive Sondersteuer auf den Umsatz hauptsächlich von Unternehmen getragen wird, die von Personen aus anderen Mitgliedstaaten gehalten werden, weil diese Unternehmen auf den betreffenden ungarischen Märkten die höchsten Umsätze erzielen, spiegelt nämlich die wirtschaftliche Realität dieser Märkte wider und stellt keine Diskriminierung der betreffenden Unternehmen dar. Der Gerichtshof hat ferner entschieden, dass die Steuer, der die Telekommunikationsunternehmen unterliegen, nicht alle wesentlichen Merkmale der Mehrwertsteuer erfüllt und ihr somit nicht gleichgestellt werden kann, so dass sie das Funktionieren des Mehrwertsteuersystems der Union nicht beeinträchtigt und daher mit der Mehrwertsteuerrichtlinie vereinbar ist.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2020-03/cp200020de.pdf>

## Soziale s

### **Kommission; Gleichstellungsstrategie angenommen**

Die Kommission hat am 05.03.2020 das Strategiepapier „Eine Union der Gleichheit: Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020-2025“ angenommen. Hierin verpflichtet sie sich dazu, Gleichstellung in alle Politikbereiche einzubeziehen und in Europa Chancengleichheit für alle zu verwirklichen. Es handelt sich um die erste Gleichstellungsstrategie der EU. Aus Sicht der Kommission ist die EU bei der Gleichstellung der Geschlechter zwar weltweit führend. Dennoch habe bislang kein Mitgliedstaat (MS) die vollständige Gleichstellung von Männern und Frauen erreicht. Noch immer gäbe es geschlechtsbedingte Unterschiede in den Bereichen Beschäftigung, Bezahlung, Pflege und Rente. Jede dritte Frau in Europa erfahre mindestens einmal im Leben körperliche und/ oder sexuelle Gewalt. Geschlechtsbezogene Stereotypen seien noch immer weit verbreitet. Die Strategie 2020-2025 formuliere einen zweigleisigen Ansatz zur Erreichung dieses Ziels, welcher aus gezielten Maßnahmen und Gender-Mainstreaming bestehe. Letzteres diene der systematischen Einbeziehung einer Geschlechterperspektive in alle EU-Politikbereiche und alle Phasen der Politikgestaltung. U.a. will die Kommission MS, die das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt („Übereinkommen von Istanbul“) noch nicht unterzeichnet haben, dazu bewegen, dem Übereinkommen beizutreten. Ferner sollen harmonisierte Kriminalitätsbereiche auf bestimmte Formen geschlechtsspezifischer Gewalt ausgeweitet werden. Darüber hinaus soll mit der Opferschutzrichtlinie 2020 eine Strategie für die Rechte von Opfern verabschiedet werden. Um gegen Gewalt gegen Frauen im Internet vorzugehen, will die Kommission einen Rechtsakt über

digitale Dienstleistungen ausarbeiten, der die Pflichten von Online-Plattformen sowie Maßnahmen gegen illegale Aktivitäten im Internet definiert. Da die große Mehrheit der Opfer von Menschenhandel und sexueller Ausbeutung Frauen und Mädchen seien, plane die Kommission eine neue Strategie zur Beseitigung des Menschenhandels sowie zur wirksamen Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern, so die Mitteilung. Im Gesundheitsbereich betont die Kommission geschlechtsspezifische Gesundheitsrisiken. Eine geschlechtsspezifische Dimension soll daher in den EU-Aktionsplan gegen Krebs aufgenommen und die EU-Agenda zur Drogenbekämpfung soll 2020 angenommen werden.

[https://ec.europa.eu/info/policies/justice-and-fundamental-rights/gender-equality/gender-equality-strategy\\_en](https://ec.europa.eu/info/policies/justice-and-fundamental-rights/gender-equality/gender-equality-strategy_en)

## Gesundheit und Verbraucherschutz

### **Kommission; Konsultation; EU-Gesetzesrahmen für Bestrahlung von Lebensmitteln**

Die Kommission hat am 02.03.2020 eine bis 25.05.2020 laufende öffentliche Konsultation zur Evaluierung des EU-Rechtsrahmens für die Bestrahlung von Lebensmitteln initiiert. Die Evaluierung ist für das vierte Quartal 2020 geplant. Es soll von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Konsultation bewertet werden, ob der derzeitige EU-Rechtsrahmen für die Bestrahlung von Lebensmitteln und Lebensmittelzutaten noch zweckdienlich ist. Im Mittelpunkt steht die Frage, ob die Ziele der Rechtsvorschriften erreicht wurden und gleichzeitig sichere Lebensmittel und ein hohes Maß an Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt gegeben ist. Die Kommission möchte die Ergebnisse dieser Befragung für ihre interne Evaluierung nutzen, aus der neue Initiativen bzw. eine Anpassung des Rechtsrahmens hervorgehen können.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/1477-Evaluation-of-the-EU-legal-framework-on-food-irradiation>

### **EuGH; Urteil über Geltendmachung von Ausgleichszahlungen im Flugrecht**

Der EuGH hat in seinem Urteil vom 12.03.2020 die Rechte von Flugreisenden in Bezug auf ihren Anspruch auf Ausgleichszahlungen gestärkt. Reisende hatten die Fluggesellschaft Finnair auf Ausgleichszahlungen für ihren ursprünglich gebuchten und später annullierten Flug und den verspäteten Alternativflug verklagt. Finnair zahlte den Ausgleich für den annullierten Flug, nicht aber für die Verspätung des Alternativfluges. Das Luftfahrtunternehmen begründete die Entscheidung damit, dass die EU-Fluggastrechteverordnung (261/2004) keinen Anspruch auf zwei Ausgleichszahlungen vorsehe und man in Situationen „außergewöhnlicher Umstände“ im Sinne der Verordnung, wie es in diesem Falle eine gewesen sei, keine Ausgleichszahlungen tätigen müsse. Das Berufungsgericht Helsinki legte den Fall hingegen mit Bitte um Auslegung der Verordnung dem EuGH vor. Der EuGH entschied nun, dass ein Fluggast, der eine Ausgleichszahlung für die Annullierung eines Fluges erhalten und einen Alternativflug akzeptiert hat, ebenfalls Anspruch auf eine Ausgleichszahlung wegen Verspätung des Alternativfluges habe. Zudem sei die Verspätung des Alternativfluges im vorliegenden Fall nur unter bestimmten Voraussetzungen auf „außergewöhnliche Umstände“ im Sinne der Verordnung zurückzuführen. Ob diese gegeben sind, muss nun vom vorlegenden Gericht geprüft werden. Der EuGH hatte bereits häufig über die Auslegung der außergewöhnlichen Umstände urteilen müssen, da die geltende Verordnung diesbezüglich keinen

detaillierten Rahmen vorgibt und der Versuch einer Revision der Verordnung bislang im Rat blockiert ist.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=224383&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=1886166>

### **Rat; Änderungen am Entwurf zur Überarbeitung der Fluggastrechteverordnung**

Am 12.03.2020 berieten Experten der EU-Ratsarbeitsgruppe Luftfahrt den zweiten Kompromissentwurf der kroatischen Ratspräsidentschaft zur Überarbeitung der europäischen Verordnungen über Fluggastrechte (261/2004 und 2027/97). Der neue Entwurf würde der Kommission die Möglichkeit geben, die Liste der „außergewöhnlichen Umstände“ alle zwei Jahre zu überprüfen und bei Bedarf per delegiertem Rechtsakt neue Umstände aufzunehmen. Die Liste umfasst Situationen, in denen ein Luftfahrtunternehmen von seinen Verpflichtungen gegenüber Fluggästen in Fällen von Verspätung oder Annullierung befreit ist. Zudem fügt der Kompromissentwurf der Liste den neuen außergewöhnlichen Umstand von Arbeitsstreitigkeiten bei wesentlichen Dienstleistern hinzu und schränkt sie in Bezug auf Kriterien für die Einstufung technischer Mängel als außergewöhnliche Umstände ein. Die Diskussion über die Überarbeitung der Verordnungen ist im Rat seit 2015 ins Stocken geraten und ist erst unter der finnischen Ratspräsidentschaft im November 2019 wiederaufgenommen worden. Das Parlament hatte hierzu bereits 2014 einen Standpunkt verabschiedet. Das Ergebnis der Beratungen im Rat ist noch nicht bekannt. Der EuGH hatte bereits häufig über die Auslegung der außergewöhnlichen Umstände urteilen müssen, da die geltende Verordnung diesbezüglich keinen detaillierten Rahmen vorgibt.

U m w e l t

### **Kommission; Eurobarometer; Umwelt- und Klimaschutz ist neun von zehn Europäern wichtig**

Eine am 03.03.2020 veröffentlichte Eurobarometer-Umfrage zeigt, dass die EU-Bürgerinnen und -Bürger mehr für den Umweltschutz tun wollen. 94% ist der Schutz der Umwelt wichtig, 91% der Bürgerinnen und -Bürger geben an, dass der Klimawandel ein ernstes Problem der EU sei und wiederum 83 Prozent sehen die EU-Gesetzgebung als relevante Möglichkeit die Umwelt zu schützen. Nach den Ergebnissen der Umfrage sind Klimawandel, Luftverschmutzung und Abfall die drei wichtigsten Umweltprobleme in der EU. Umweltkommissar Virginijus Sinkevičius erklärte hierzu: „Mit dem Europäischen Grünen Deal sind genau diese Bedenken der Bürgerinnen und Bürger, denen wir Rechnung tragen wollen“. Er sei ermutigt zu sehen, dass es Unterstützung für die grundlegenden Veränderungen gebe, die man in Gesellschaft und Wirtschaft vornehmen werde, und dass die Menschen eine aktive Rolle bei diesem Wandel spielen wollten.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20200303-eurobarometer-klimaschutz\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20200303-eurobarometer-klimaschutz_de)

### **Kommission; Start eines weltweiten Bündnisses für Artenschutz**

Anlässlich des World Wildlife Days hat die Kommission am 03.03.2020 in Monaco ein neues weltweites Bündnis für Biodiversität auf den Weg gebracht. Mit einer Kommunikationskampagne ruft die Kommission alle Nationalparks, Aquarien, botanische Gärten, Zoos sowie Wissenschafts- und Naturkundemuseen auf, sich zusammenzuschließen und die Öffentlichkeit stärker auf die „Krise der Natur“ aufmerksam machen. Das neue weltweite Bündnis für Biodiversität ergänzt das bisherige Bündnis „World aquarium“ zur Bekämpfung der Plastikvermüllung in den

Weltmeeren. Umweltkommissar Virginijus Sinkevičius erklärte hierzu: „Wir müssen dringend weltweit tätig werden, ansonsten werden wir die Natur nur noch in Zoos und botanischen Gärten zu sehen bekommen. Dies wäre ein Versagen der Menschheit.“ Voraussichtlich Ende März wird die Kommission die neue EU-Strategie für Biodiversität zum Schutz und zur Wiederherstellung der Natur bekannt geben, in der die Ziele der EU im Rahmen der CoP 15-Konferenz für Biodiversität ausführlich erläutert sein werden.

[https://ec.europa.eu/germany/news/2020303-artenschutz\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/2020303-artenschutz_de)

### **Kommission; Europäischer Klimapakt; Grüner Deal; Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger**

Im Rahmen des European Green Deal hat die Kommission am 04.03.2020 parallel zur Vorstellung des Klimaschutzgesetzes den sogenannten Europäischen Klimapakt ins Leben gerufen. Dieser soll Bürgerinnen und Bürger in ganz Europa eine Stimme und einen Ort geben, neue Maßnahmen zum Klimaschutz zu planen, Informationen auszutauschen, sich gemeinsam zu organisieren und Best-Practice-Lösungen anzubieten, denen andere Organisationen oder Privatpersonen folgen können. Im Fokus steht die Kooperation zwischen nationalen, regionalen und lokalen Interessensgruppen. Ziel ist es, einen Austausch über den Klimawandel zu etablieren und dies in ein dezentrales Handeln zu implementieren. Bis zum 27.05.2020 können Bürgerinnen und Bürger online Empfehlungen und Vorschläge einreichen, um den Europäischen Klimapakt so effektiv und ambitioniert wie nur möglich zu gestalten. Alle eingereichten Vorschläge werden für den finalen Entwurf berücksichtigt. Dieser wird vor der UN Klimakonferenz in Glasgow im November 2020 vorgestellt.

[https://ec.europa.eu/clima/policies/eu-climate-action/pact\\_en](https://ec.europa.eu/clima/policies/eu-climate-action/pact_en)

### **Kommission; Europäischer Grüner Deal; Klimaschutzgesetz**

Am 04.03.2020 hat die Kommission im Rahmen des Europäischen Grünen Deals ihren Entwurf für ein Europäisches Klimagesetz vorgelegt. Mit dem Klimagesetz soll das Ziel der Klimaneutralität für die gesamte EU rechtlich verankert werden. Die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten (MS) sollen mit dem Gesetz in die Pflicht genommen werden, die erforderlichen Maßnahmen auf EU-Ebene und nationaler Ebene hin zur Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 zu ergreifen. Das Klimagesetz umfasst insbesondere Maßnahmen, um die Fortschritte bei der CO<sub>2</sub>-Emissionsreduzierung zu verfolgen und das EU-Handeln entsprechend anzupassen. Auf der Grundlage einer umfassenden Folgenabschätzung soll die Kommission eine neue EU-Zielvorgabe für die Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030 vorschlagen. Nach Abschluss der Folgenabschätzung soll das Klimagesetz entsprechend angepasst werden. Die Zielmarke wird voraussichtlich zwischen 50% und 55% liegen. Die Kommission schlägt vor, für den Zeitraum von 2030 bis 2050 einen EU-weiten Zielpfad für die Verringerung der Treibhausgasemissionen festzulegen. Dies soll eine Messung der Fortschritte ermöglichen und gleichzeitig Planungssicherheit für Behörden, Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger geben. Die konkreten Zwischenschritte für den Zeitraum bis 2030 hat die Kommission hingegen noch nicht unterbreitet. Bis Juni 2021 will die Kommission „alle einschlägigen Politikinstrumente“ überprüfen und ggf. deren Überarbeitung vorschlagen, damit die zusätzlichen Emissionsminderungen bis 2030 erreicht werden können. Alle Sektoren sollen zum Klimaziel beitragen. Bis September 2023 und anschließend im 5-Jahres-Rhythmus soll die Kommission prüfen, ob die Maßnahmen der EU und v.a. die der MS mit dem Ziel der Klimaneutralität und dem Zielpfad 2030 bis 2050 im Einklang stehen. Die Kommission sieht im Gesetz vor, Empfehlungen auszusprechen, wenn die einzelnen MS politische Maßnahmen ergreifen, die nicht mit dem Ziel der Klimaneutralität im Einklang stehen. Der Entwurf wird nun Rat und Parlament vorgelegt.

### **Rat; Umwelt; Verbesserung der Luftqualität**

Der Umweltrat hat in seiner regulären Tagung am 05.03.2020 Schlussfolgerungen zur Verbesserung der Luftqualität mit politischen Vorgaben für die weiteren Arbeiten zur Bekämpfung der Luftverschmutzung verabschiedet. Die bisherige Politik der EU für saubere Luft habe wesentlich zur Verbesserung der Luftqualität beigetragen, jedoch hätten die Ergebnisse der Eignungsprüfung der Luftqualitätsrichtlinien gezeigt, dass noch mehr geleistet werden müsse, um die negativen Auswirkungen weiter zu begrenzen. Die Luftverschmutzung stellt mit schätzungsweise 400.000 vorzeitigen Todesfällen pro Jahr in der EU weiterhin die wichtigste umweltbedingte Ursache für Gesundheitsprobleme dar. Der Rat begrüßte daher, dass im Rahmen des Europäischen Grünen Deals die Umweltverschmutzung durch Präventiv- und Abhilfemaßnahmen weiter bekämpft werden solle. In diesem Zuge sollen auch die Luftqualitätsmaßnahmen überprüft werden. Insgesamt könne der Rechtsrahmen zur Gewährleistung einer guten Luftqualität in der gesamten EU noch verbessert werden. Der Rat fordert, die Politik für saubere Luft auch in anderen Politikbereichen mitzudenken. Die Luftqualitätsziele sollen demnach in den Rechtsvorschriften der EU über Emissionsbegrenzung, sowie bei neuen Initiativen im Rahmen des europäischen Grünen Deals Beachtung finden. Begrüßt wurde die Absicht der Kommission, weitere Maßnahmen zur Emissionsreduzierung zu ergreifen. Hierzu zählen u.a. strengere Emissionsnormen für Benzin- und Dieselfahrzeuge, die Verringerung der Emissionen im Bereich des Seeverkehrs und die Verbesserung der Luftqualität in der Nähe von Flughäfen und Häfen. Der Rat beschreibt die Relevanz von Finanzmitteln für die Verbesserung der Luftqualität und schlägt vor, die gemeinsamen Vorteile, die sich aus Klimazielen und Luftqualität ergeben, als Hebel für private Investitionen zu nutzen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/03/05/air-quality-council-adopts-conclusions/>

### **Rat; Umwelt; Verabschiedung der langfristigen Strategie der EU zur Vorlage beim Klimarahmenübereinkommen**

Der Umweltrat hat auf seiner Tagung am 05.03.2020 im Namen der EU und der Mitgliedstaaten (MS) die EU-Strategie zur langfristigen Verringerung der Treibhausgasemissionen verabschiedet. Diese wird nun an das UN-Sekretariat für das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) weitergeleitet. Mit der Strategie der EU wird daran erinnert, dass sich die EU und ihre MS uneingeschränkt für die Ziele des Pariser Klimaabkommens einsetzen. Hierzu zählt u.a. die Erreichung der Treibhausgasneutralität bis zum Jahr 2050 in der EU. Die Umsetzung der vereinbarten Ziele solle zudem aufzeigen, dass der Übergang zur Klimaneutralität nicht nur unerlässlich, sondern auch machbar und sinnvoll sei. Die einzelnen MS müssen ebenfalls ihre nationalen Strategien für die Vorlage beim UNFCCC ausarbeiten. Diese sollen sich im Einklang mit dem Klimaabkommen von Paris (vereinbart 2015) befinden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/03/05/climate-change-council-adopts-eu-long-term-strategy-for-submission-to-the-unfccc/>

## **J u s t i z**

### **Kommission; Fahrplan zum EU-Justizbarometer 2020 veröffentlicht**

Die Kommission hat einen Fahrplan zur Erstellung des EU-Justizbarometers 2020 veröffentlicht, zu dem noch bis zum 24.03.2020 Stellung genommen werden kann. Die

Kommission wird 2020 ihr achtetes EU-Justizbarometer veröffentlichen. Das 2013 in Leben gerufene Justizbarometer ist Teil des Rechtsstaatlichkeits-Instrumentariums der EU; seine Ergebnisse fließen in das Europäische Semester ein. Mit dem jährlichen Justizbarometer werden die Unabhängigkeit, die Qualität und die Effizienz der nationalen Justizsysteme beurteilt. 2019 hatte die Kommission in Aussicht gestellt, dass Bereiche, die als wichtig gelten für die Rechtsstaatlichkeit wie die Straf- und Verwaltungsgerichtsbarkeit, künftig stärker in den Blick genommen werden könnten. Das neue Justizbarometer wird auch in die Rechtsstaatlichkeitsberichte einfließen, die die Kommission dieses Jahr zum ersten Mal für jeden Mitgliedstaat erstellt.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/7566555-2020-EU-Justice-Scoreboard>

### **EuGH; Europäischer Haftbefehl – maßgeblicher Zeitpunkt für Vorliegen des Mindesthöchststrafmaßes**

Der EuGH hat mit Urteil vom 03.03.2020 in der Rechtssache C-717/18 entschieden, dass Art. 2 Abs. 2 des Rahmenbeschlusses 2002/584/JI über den Europäischen Haftbefehl verlangt, dass die vollstreckende Justizbehörde bei der Prüfung, ob die Straftat, wegen der ein Europäischer Haftbefehl ausgestellt worden ist, im Ausstellungsmitgliedstaat mit einer Freiheitsstrafe im Höchstmaß von mindestens drei Jahren bedroht ist, das Recht des Ausstellungsmitgliedstaats in der zum Zeitpunkt der Tatbegehung geltenden Fassung heranzuziehen hat und nicht in der zum Zeitpunkt der Ausstellung des Haftbefehls geltenden Fassung. In ESP wurde ein Rapper u.a. wegen Verherrlichung von Terrorismus und Erniedrigung seiner Opfer zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren verurteilt. Zur Vollstreckung dieser Strafen wurde in ESP 2018 ein Europäischer Haftbefehl ausgestellt. Das belgische Gericht, das über die Vollstreckung dieses Europäischen Haftbefehls zu entscheiden hat, stellt sich die Frage, ob die Vollstreckung zu verweigern ist. Nach dem belgischen Gesetz über den Europäischen Haftbefehl ist die Vollstreckung zu verweigern, wenn die Tat nach belgischem Recht nicht strafbar ist. Dieser Verweigerungsgrund gilt jedoch nicht bei bestimmten Straftaten wie Terrorismus, sofern diese im Ausstellungsstaat mit einer Höchstfreiheitsstrafe von mindestens drei Jahren geahndet werden. In einem solchen Fall erfolgt die Überstellung ohne Überprüfung, ob die Tat auch im Inland strafbar wäre. Das belgische Gericht hat insoweit Zweifel, auf welchen Zeitpunkt für das Strafmaß abzustellen ist: den der Tatbegehung (2012/2013) oder den der Ausstellung des Europäischen Haftbefehls (2018). Die Straftat der Verherrlichung von Terrorismus und Erniedrigung seiner Opfer war in ESP zum Tatzeitpunkt mit Freiheitsstrafe von einem bis zu zwei Jahren bedroht, seit 2015 ist sie jedoch mit Freiheitsstrafe von einem bis zu drei Jahren bedroht.

<http://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-717/18>

### **EuGH; Markenstreit um Halloumi-Käse**

Der EuGH hat mit Urteil vom 05.03.2020 in der Rechtssache C-766/18 P das Urteil des Gerichts der Europäischen Union (EuG) vom 25.09.2018 in der Rechtssache T-328/17 aufgehoben, wonach die den CYP-Käseherstellern vorbehaltene Kollektivmarke „Halloumi“ der Eintragung des Zeichens „BBQLOUMI“ für Käse eines BUL-Herstellers als Unionsmarke nicht entgegensteht. Das EuG hat nach Ansicht des EuGH die Verwechslungsgefahr hinsichtlich der Herkunft der Waren nicht hinreichend geprüft. Das EuG hatte entschieden, dass der Begriff „Halloumi“ nur eine Käsesorte bezeichne und daher eine schwache Unterscheidungskraft habe. Es war der Ansicht, dass bei schwacher Unterscheidungskraft der älteren Marke das Bestehen von Verwechslungsgefahr auszuschließen sei. Dem folgt der EuGH nicht. Es könne sehr wohl Verwechslungsgefahr bestehen, wenn Verbraucher ein anderes Produkt fälschlich den Inhabern der Kollektivmarke zuordnen. Es sei nicht gerechtfertigt, von

den Kriterien zur Beurteilung von Verwechslungsgefahr abzuweichen, nur weil es sich um eine Kollektivmarke handle. Die Rechtsprechung zu den Kriterien, anhand deren bei Unionsindividualmarken konkret zu beurteilen ist, ob eine Verwechslungsgefahr besteht, sei auf Rechtssachen übertragbar, die eine ältere Kollektivmarke betreffen. Die Rechtssache wird an das EuG zurückverwiesen. Dieses hat nun die Verwechslungsgefahr erneut zu prüfen.

<http://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-766/18>

### **EuGH; Missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen**

Der EuGH hat mit Urteil vom 11.03.2020 in der Rechtssache C-511/17 entschieden, dass ein Gericht, das die Missbräuchlichkeit von Vertragsklauseln entsprechend der Richtlinie 93/13/EWG prüft, nicht verpflichtet ist, von Amts wegen gesondert auch Vertragsklauseln, die der Verbraucher nicht angefochten hat, zu prüfen. Allerdings muss es diejenigen Klauseln prüfen, die mit dem Streitgegenstand, wie er von den Parteien abgegrenzt wurde, zusammenhängen, sobald es über die hierzu erforderlichen rechtlichen und tatsächlichen Grundlagen verfügt. Wenn die ihm vorliegende Akte ernsthafte Zweifel hinsichtlich der Missbräuchlichkeit solcher Klauseln aufkommen lässt, muss das Gericht die Akte ergänzen, indem es die Parteien um die hierzu erforderlichen Klarstellungen und Unterlagen ersucht. Hingegen hat das Gericht nach der Richtlinie 93/13/EWG nicht von Amts wegen die etwaige Missbräuchlichkeit anderer, nicht mit dem Streitgegenstand zusammenhängender Klauseln zu prüfen, da andernfalls die Grenzen des Streitgegenstandes wie er von den Parteien in ihren Anträgen bestimmt wurde, überschritten würden. Ein Gericht in HUN hatte den EuGH im Zusammenhang mit einem Rechtsstreit über einen Fremdwährungskredit um Auslegung der Richtlinie 93/13/EWG über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen ersucht.

<http://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-511/17>

### **EuGH; Widerrufsrecht beim Online-Kauf der BahnCard 25**

Der EuGH hat mit Urteil vom 12.03.2020 in der Rechtssache C-583/18 entschieden, dass Art. 2 Nr. 6 der Richtlinie 2011/83/EU über die Rechte der Verbraucher dahin auszulegen ist, dass der Begriff „Dienstleistungsvertrag“ auch Verträge erfasst, die den Verbraucher zur Inanspruchnahme eines Rabatts beim späteren Abschluss von Personenbeförderungsverträgen berechtigen. Ein solcher Vertrag falle nicht unter den Begriff „Vertrag über die Beförderung von Personen“ im Sinne von Art. 3 Abs. 3 Buchstabe k dieser Richtlinie, so dass deren Bestimmungen über das Widerrufsrecht anwendbar sind. Der EuGH begründet dies damit, dass der Ausschluss des Widerrufsrechts bei Beförderungsverträgen dem Schutz der Interessen der Anbieter dient, damit diesen keine unverhältnismäßigen Nachteile durch die kostenlose und ohne Angabe von Gründen erfolgende Stornierung von Bestellungen von Dienstleistungen entstehen, die Folge eines Widerrufs des Verbrauchers kurz vor dem für die Erbringung der Dienstleistung vorgesehenen Zeitpunkt sind. Diese Situation sei bei einer BahnCard, die einen Rabatt ermögliche, nicht gegeben. Mit der Existenz eines Widerrufsrechts nach Art. 9 der Richtlinie im Anschluss an den Erwerb einer BahnCard seien für das Unternehmen, das die Personenbeförderung durchführt, keine unverhältnismäßigen Nachteile verbunden. Das Oberlandesgericht Frankfurt am Main hatte dem EuGH die Frage vorgelegt, ob die Richtlinie 2011/83/EU in dem Ausgangsrechtsstreit anwendbar ist. Die Verbraucherzentrale Berlin ist der Meinung, die Deutsche Bahn müsse beim Online-Verkauf der BahnCard 25 über das Bestehen eines Widerrufsrechts belehren und ein Muster-Widerrufsformular zur Verfügung stellen.

<http://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-583/18>

### **Rat; Sondersitzung der EU-Innenminister in Brüssel**

Am 04.03.2020 kamen die EU-Innenminister zu einer Sondersitzung in Brüssel zusammen und nahmen eine Erklärung zur die Lage an den EU-Außengrenzen an. Darin erklären sich die Mitgliedstaaten (MS) solidarisch mit GRI, BGR und CYP sowie anderen Mitgliedstaaten die in ähnlicher Weise von Migration betroffen sind. Der Rat erkenne die erhöhte Migrationsbelastung und die erhöhten Migrationsrisiken der Türkei an und würdige die unternommenen Anstrengungen der Türkei bei der Aufnahme von 3,7 Mio. Migranten. Gleichwohl sei die Ausnutzung des Migrationsdrucks für politische Zwecke entschieden abzulehnen. Die Lage an den EU-Außengrenzen sei nicht hinnehmbar, von der Türkei werde erwartet, dass alle Bestimmungen der EU-Türkei-Erklärung vollständig umgesetzt werden. Die EU werde ihre Außengrenzen weiterhin wirksam schützen, auch um Pull-Faktoren (anziehende Faktoren) vorzubeugen, dazu würden alle erforderlichen Maßnahmen im Einklang mit dem EU- und Völkerrecht ergriffen. Alle MS und EU-Agenturen ständen bereit, um die betroffenen MS zu unterstützen. Dies gelte auch für einen Frontex-Soforteinsatz zur Grenzsicherung und zusätzliche technische Unterstützung. Die zusätzliche Unterstützung der Kommission für GRI zur Bewältigung der gegenwärtigen Situation und die die Anstrengungen der Kommission, das gemeinsame Vorgehen im Rahmen des Katastrophenschutzmechanismus zu koordinieren, würden begrüßt. Die MS sprachen sich auch dafür aus, die Zusammenarbeit mit den Staaten des westlichen Balkans im Bereich des Grenzmanagements und des Grenzschutzes auszubauen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/jha/2020/03/04/>

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/03/04/statement-on-the-situation-at-the-eus-external-borders/>

### **Kommission; Aktionsplan zur Unterstützung von GRI vorgestellt**

Im Anschluss an den Besuch von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, Ratspräsident Charles Michel und EP-Präsident David Sassoli (S&D/ITL) an den Grenzen von GRI und BGR zur Türkei am 04.03.2020 stellte die Kommission im Rahmen der Sondersitzung der EU-Innenminister (s.o.) ihren Aktionsplan für Sofortmaßnahmen zur Unterstützung von GRI vor. Zunächst sollen Mittel für zwei Soforteinsätze der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) mit 100 Grenzschützern an der Land- und Seegrenze von GRI zur Türkei durch die Mitgliedstaaten (MS) bereitgestellt werden. Frontex soll zudem die Rückkehr von Personen ohne Aufenthaltsrecht in GRI im Rahmen eines neuen Rückkehrprogramms koordinieren. Weiterhin werde die Kommission zusätzliche Mittel in Höhe von bis zu 700 Mio. EUR zur Verfügung stellen. Davon sollen 350 Mio. EUR zur Stärkung des Grenz- und Migrationsmanagements sofort bereitgestellt werden, etwa für erweiterte Aufnahmekapazitäten, die Unterstützung freiwilliger Rückkehrer oder die nötige Infrastruktur für Gesundheits- und Sicherheitsscreenings. Bisher beläuft sich das Engagement der Kommission in GRI im Zusammenhang mit Migration auf ca. 2,23 Mrd. EUR. Das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) soll mit Unterstützung der MS weitere 160 Experten nach GRI entsenden.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_20\\_384](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_384)

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_20\\_406](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_406)

### **EP; Höheres Budget für Katastrophenschutz gefordert**

Der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) des EP nahm am 05.03.20 mit großer Mehrheit einen Bericht an, in dem eine Mindestfinanzierung des EU-Katastrophenschutz-Mechanismus (CPM) in Höhe von 1,4 Mrd. EUR gefordert wird. Mit 60 Stimmen bei zwei Gegenstimmen und sieben

Enthaltungen sprachen sich die Mitglieder dafür aus, dem ursprünglichen Vorschlag der Kommission zu folgen. Diese hatte empfohlen den CPM im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen von 2021 bis 2027 mit der o.g. Mindestsumme zu finanzieren. Prävention, Vorsorge und Reaktion sollen nach Ansicht der Abgeordneten als die drei Säulen für die Verteilung der Gelder des Mechanismus festgelegt werden. Die Verwendung der EU-Fördermittel solle dadurch transparenter werden. Das Plenum des EP muss noch über den Bericht abstimmen, sodass anschließend Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten aufgenommen werden können.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20200304IPR73997/eu-katastrophenschutzmechanismus-ausreichende-finanzierung-um-leben-zu-retten>

### **EP; Aussprache zu der Situation an der Griechisch-Türkischen Grenze**

Im Plenum des EP fand am 10.03.2020 eine Aussprache mit Innen-Kommissarin Ylva Johansson und Nikolina Brnjac, Staatssekretärin im kroatischen Außenministerium, als Vertreterin des Ratsvorsitzes zu der aktuellen Situation an der Grenze von GRI zur Türkei statt. Im Mittelpunkt stand die Ausnahmesituation in Bezug auf die versuchten Grenzübertritte von Migranten an der EU-Außengrenze. Frau Brnjac warf der Türkei vor, Migranten als politische Verhandlungsmasse zu verwenden. Auch Kommissarin Johansson verurteilte eine Ausnutzung des Migrationsdrucks zu politische Zwecken. Während entlang bekannter Positionen der einzelnen Fraktionen für mehr Humanität auf der einen Seite bzw. ein strenges Vorgehen auf der anderen Seite argumentiert wurde, war eine breite Zustimmung für Solidarität gegenüber GRI erkennbar. Viele MdEP sowie die Vertreterinnen von Kommission und Rat plädierten für Hilfen für GRI beim Grenzschutz, pochten aber auch auf die Notwendigkeit der Einhaltung geltenden Völkerrechts. Solidarität war auch in Bezug auf die Aufnahme minderjähriger Migranten von den griechischen Inseln ein zentrales Thema der Aussprache. Sowohl Kommissarin Johansson als auch Frau Brnjac mahnten die Notwendigkeit der Umsiedlung Minderjähriger in andere Mitgliedstaaten an. Im Rahmen einer vorangegangenen Aussprache hatte bereits Ratspräsident Charles Michel die Bestrebung geäußert, das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei wiederzubeleben.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20200305IPR74187/griechisch-turkische-grenze-gegen-turkischen-druck-fur-gemeinsame-asylregeln>

### **Kommission; Verbesserung der Lage minderjähriger Migranten in GRI**

Am 12.03.2020 beriet Innen-Kommissarin Ylva Johansson mit dem griechischen Migrationsminister Panagiotis Mitarachis über Möglichkeiten zur Verbesserung der Lage von Migranten und Geflüchteten in GRI beraten. In diesem Zusammenhang kündigte Kommissarin Johansson ein Hilfsprogramm für Migranten und Geflüchtete auf den griechischen Inseln an. Es soll eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 2.000 EUR für Personen enthalten, die freiwillig in ihr Heimatland zurückkehren. Diese Regelung soll für die ca. 5000 Migranten gelten, die bereits vor dem 01.01.2020 in GRI ankamen. Die Aktion soll gemeinsam von der Kommission, der griechischen Regierung sowie der Internationalen Organisation für Migration (IOM) koordiniert und von Frontex unterstützt werden. Ziel des Programms ist die Entlastung der griechischen Inseln, auf denen sich derzeit mehr als 42.000 Migranten, darunter rund 5.500 unbegleitete Minderjährige aufhalten. Weitere Maßnahmen sollen vor allem in Bezug auf die Situation unbegleiteter Minderjähriger getroffen werden. Dazu kündigte Kommissarin Johansson eine Konferenz für Mai 2020 an, die gemeinsam von der Kommission, der griechischen Regierung und UNICEF organisiert werden soll. Weitere Hilfe soll mithilfe der angekündigten Finanzhilfen der EU für GRI in Höhe von bis zu 700 Mio. EUR (s.o.) bereitgestellt werden. Sieben Mitgliedstaaten, darunter auch DEU, haben bereits ihre Bereitschaft signalisiert, sich an der Umsiedlung von mindestens 1.600 Minderjährigen zu beteiligen.

### **EuGH; Spanische Fußballvereine müssen staatliche Beihilfen nicht erstatten**

Mit Urteil vom 12.03.2020 erklärte der EuGH in den Rechtssachen T-732/16 Valencia Club de Fútbol / Kommission und T-901/16 Elche Club de Fútbol / Kommission einen Beschluss der Kommission aus dem Jahr 2016, der Bürgschaften zu Gunsten der genannten spanischen Fußballvereine als rechtswidrige Beihilfen einstufte, aufgrund offensichtlicher Beurteilungsfehler für nichtig. In den Jahren 2009 und 2010 hatte das Instituto Valenciano de Finanzas, das Finanzinstitut der Autonomen Gemeinschaft von Valencia (ESP) mehrere Bürgschaften für die Clubs zur Absicherung von Bankdarlehen abgegeben. Der EuGH rügte u.a., dass die Kommission hinsichtlich beider Clubs zu Unrecht davon ausgegangen sei, dass kein Finanzinstitut diesen eine Bürgschaft gewähren würde und deshalb auf dem Markt keine entsprechenden Referenzgarantieprämien angeboten würden. Beide Vereine müssen die angeblich erhaltenen finanziellen Vorteile in Höhe von 20,4 Mio. bzw. 3,7 Mio. EUR infolge des Urteils nicht erstatten.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2020-03/cp200030de.pdf>

## **E U – F ö r d e r p r o g r a m m e**

### **Kommission; Neuer Aufruf beim Förderprogramm Kreatives Europa – Unterprogramm MEDIA**

Aktuell ist ein Aufruf zur Förderung der Entwicklung von audiovisuellen Inhalten für Einzelprojekte im Unterprogramm MEDIA geöffnet. Über das Unterprogramm MEDIA sollen folgende Vorhaben unterstützt werden: Entwicklung von europäischen audiovisuellen Werken, insbesondere Film- und Fernsehproduktionen, z. B. Spielfilmen, Dokumentarfilmen, Kinder- und Trickfilmen, sowie von interaktiven Werken wie Videospielen und Multimedia-Projekten, die ein erhöhtes Potenzial für die grenzüberschreitende Verbreitung mitbringen und Aktivitäten zur Unterstützung europäischer Produktionsgesellschaften im audiovisuellen Bereich, insbesondere unabhängiger Produktionsgesellschaften, im Hinblick auf die Förderung europäischer und internationaler Koproduktionen audiovisueller Werke, einschließlich Fernsehproduktionen. Ziel der Unterstützung für die Entwicklung audiovisueller Inhalte in Form von Einzelprojekten ist es, die Kapazität von Produzenten im audiovisuellen Sektor für die Entwicklung von Projekten auszubauen, die das Potenzial für die Verbreitung in ganz Europa und darüber hinaus mitbringen, und europäische und internationale Zusammenarbeit zu fördern. Insgesamt stehen für diesen Aufruf 2,7 Mio. EUR zur Verfügung, die folgendermaßen aufgeteilt werden sollen: Pauschalbetrag von 60.000 EUR für Animationsfilme, Pauschalbetrag von 25.000 EUR für kreative Dokumentarfilme, Pauschalbetrag von 50.000 EUR für Spielfilme, wenn die Produktionskosten auf mindestens 1,5 Mio. EUR geschätzt werden und Pauschalbetrag von 30.000 EUR für Spielfilme, wenn die Produktionskosten auf weniger als 1,5 Mio. EUR geschätzt werden. Förderfähig sind Aktivitäten zur Entwicklung folgender audiovisueller Werke: Spiel-, Animations- und kreative Dokumentarfilme mit einer Länge von mindestens 60 Minuten, die hauptsächlich für das Kino bestimmt sind; Spielfilmprojekte (Einzelwerke oder Serien) mit einer Gesamtlänge von mindestens 90 Minuten, Animationsfilme (Einzelwerke oder Serien) mit einer Gesamtlänge von mindestens 24 Minuten und kreative Dokumentarfilme (Einzelwerke oder Serien) mit einer Gesamtlänge von mindestens 50 Minuten, die hauptsächlich für das Fernsehen bestimmt sind; Spielfilmprojekte mit einer Gesamtlänge oder einem Nutzererlebnis von mindestens 90 Minuten, Animationsfilme

mit einer Gesamtlänge oder einem Nutzererlebnis von mindestens 24 Minuten und kreative Dokumentarfilme mit einer Gesamtlänge oder einem Nutzererlebnis von mindestens 50 Minuten, die hauptsächlich für die Verwertung auf digitalen Plattformen bestimmt sind. Diese Mindestanforderungen gelten nicht für Projekte, die Nutzern ein Erlebnis in einem nicht linearen Format (z. B. virtuelle Realität) vermitteln. Für folgende Arten von Projekten werden digitale Plattformen genutzt: Animationsfilme, kreative Dokumentarfilme und Spielfilmprojekte, die für unterschiedliche Bildschirmgeräte bestimmt sind, interaktive Projekte, lineare und nicht lineare Webserien sowie narrative Projekte im Bereich der virtuellen Realität. Einreichung und Eingang von Anträgen sind bis zum 12.05.2020 möglich.

<http://www.creative-europe-desk.de/artikel/2019-09-18/Development---Single-Project/?id=2246>

### **Kommission; Verlängerte Einreichungsfrist für kulturelle Kooperationsprojekte auf dem westlichen Balkan**

Am 03.03.2020 hat die Kommission mitgeteilt, dass die Antragsfristen für kulturelle Kooperationsprojekte auf dem westlichen Balkan im Programm Kreatives Europa mit dem Titel: „Stärkung der kulturellen Zusammenarbeit mit der Kultur- und Kreativwirtschaft im westlichen Balkan und ihrer Wettbewerbsfähigkeit“ verlängert wird. Anträge bei der Exekutivagentur (EACEA) müssen nun spätestens bis zum 31.03.2020 eingegangen sein. Die Kommission teilt außerdem mit, dass alle anderen Bestimmungen der Aufforderung unverändert bestehen bleiben.

[https://eacea.ec.europa.eu/sites/eacea-site/files/1\\_call\\_notice\\_en\\_eacea\\_39\\_2019\\_de.pdf](https://eacea.ec.europa.eu/sites/eacea-site/files/1_call_notice_en_eacea_39_2019_de.pdf)

## V e r a n s t a l t u n g e n

### **FESE stellt European IPO Task Force Report vor**

Am 02.03.2020 hat die IPO Task Force im Rahmen einer Veranstaltung der Federation of European Securities Exchange (FESE) in der hessischen Landesvertretung in Brüssel den IPO Task Force Report vorgestellt. MdEP Caroline Nagtegaal (RN/NDL), Vorsitzende der European IPO Task Force, erläuterte die Haupteckdaten der Analyse vor allem mit Blick darauf, wie man Börsengänge (Initial Public Offerings; IPOs) insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in Europa attraktiver machen kann. Anschließend fand eine Podiumsdiskussion statt, in der Caroline Nagtegaal gemeinsam mit weiteren Mitgliedern der Finanzbranche über die Ergebnisse und Implikationen des Berichts diskutierten.

### **Hessisches Handwerk tagt in Brüssel**

Vom 02.03. bis 04.03.2020 war eine Delegation der Kreishandwerkerschaft Darmstadt-Dieburg unter Leitung des Kreishandwerksmeisters Joachim Höfler in Brüssel um sich vor Ort zu Handwerksthemen zu informieren. Europastaatsekretär Mark Weinmeister begrüßte die Teilnehmenden und berichtete über aktuelle EU-Themen. Zudem fand ein Austausch mit einer Delegation von Handwerksunternehmen aus der Region Ostbelgien in Anwesenheit des Präsidenten der HWK Frankfurt-Rhein-Main Bernd Ehinger sowie des Ministers für Bildung, Forschung und Erziehung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens Harald Mollers statt. Des Weiteren tagte der Vorstand der Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main am 03./04.03.2020 in der hessischen Landesvertretung. Zudem fand am 03.03.2020 eine Sitzung des Arbeitskreises Europa des hessischen Handwerkstages unter Leitung des Hauptgeschäftsführers der Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main Christof Riess,

statt. Auf der Tagesordnung stand neben einem Gespräch mit Europastaatssekretär Weinmeister die aktuelle EU-Politik für kleine und mittlere Unternehmen sowie eine Aussicht auf die Themen der deutschen Ratspräsidentschaft. Die drei Gruppen nahmen auch an der Abendveranstaltung „Dual in Europa“ am 03.03.2020 teil.

### **SLK hat gewählt**

Auf Einladung von Europaministerin Lucia Puttrich hat EU-Korrespondent Martin Hilek, RTVS, am 03.03.2020 im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Europa hat gewählt“ das Wahlergebnis der Parlamentswahl in der SLK (29.02.2020) in der Hessischen Landesvertretung analysiert. Europastaatssekretär Mark Weinmeister, der die zahlreichen Gäste begrüßte, zeigte sich erstaunt über das Wahlergebnis und verwies auf die Ausführungen und Sichtweise des EU-Korrespondenten zu diesem überraschenden Ergebnis. Der Kampf gegen Korruption und Rechtsextremismus waren die Hauptthemen dieser Wahl, die die Slowakinnen und Slowaken mobilisiert hätten, sagte Hilek. Die Wahlbeteiligung mit fast 66% sei die höchste seit dem Jahr 2002. Das Hauptmotto des Vorsitzenden und Unternehmers Matovič von „OLaNO - Gewöhnliche Leute und unabhängige Personen“ im Wahlkampf sei „Null Toleranz gegenüber der Korruption“ gewesen, führte der EU-Korrespondent weiter aus. Mit gut 25% habe die Partei ihre Stimmen fast verdoppeln können und liege deutlich vor der seit 2006 regierenden linkspopulistischen „Smer - Sozialdemokratische Partei“, die mit 18,2% das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte eingefahren habe. Die von einem weiteren Unternehmer gegründete „Sme Rodina – Boris Kollar – Wir sind eine Familie“ habe Stimmenzugewinne zu verzeichnen und komme mit 8,2% auf Platz drei. Ein großer Erfolg sei, dass entgegen des allgemeinen Trends in Europa, die rechtsextreme „ĽSNS – „Volkspartei Unsere SLK“ mit 7,97% kaum Stimmen dazugewonnen habe, betonte Hilek. Die wirtschaftsliberale „SaS – „Freiheit und Solidarität“, die seit der Parlamentswahl 2016 mit 12,1% die größte Oppositionspartei im slowakischen Parlament darstellte, habe sich mit 6,2% fast halbiert. Auch die liberalkonservative „Zaľudí – „Für die Menschen“; gegründet vom ehemaligen slowakischen Präsidenten Andrej Kiska im Jahr 2019, habe mit 5,7% gerade so den Einzug ins Parlament geschafft. An der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert seien die rechtskonservative „SNS - Slowakische Nationalpartei“ und die „Most-Hid - Partei der ungarischen Minderheit“, die bislang in einer Regierungskoalition mit der Smer waren. Bedauerlich sei, dass das Wahlbündnis „PS/Spolu – Fortschrittliche SLK“ mit 6,97% den Einzug ins Parlament knapp verfehlt habe, da bei Bündnissen eine Sperrklausel von 7% gelte. Aus Sicht des Journalisten werde die Präsidentin Zuzana Čaputová den Vorsitzenden Igor Matovič rasch mit der Regierungsbildung beauftragen. Für eine verfassungsändernde Mehrheit, die Matovič anstrebe, brauche er jedoch mehrere Koalitionspartner. Erste Sondierungsgespräche seien bereits mit dem Vorsitzenden der wirtschaftsliberalen SaS, Richard Sulík, und mit Boris Kollár, „Wir sind Familie“, geführt worden. Auch die liberalkonservative Zaľudi käme als Partner infrage.

### **Abendveranstaltung „Dual in Europa“**

Auf Einladung der Hessischen Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich, des Ministers der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens für Bildung, Forschung und Erziehung Harald Mollers sowie des Präsidenten der Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main Bernd Ehinger fand am 03.03.2020 in der hessischen Landesvertretung die Veranstaltung „Dual in Europa“ statt. Europastaatssekretär Mark Weinmeister erwähnte in seiner Begrüßung die auf diplomatischer Ebene gewachsene Zusammenarbeit zwischen der Region Ostbelgien und Hessen und seine Zuversicht, dies nun auch auf die Ebene der mittelständischen Unternehmen übertragen zu können. Bernd Ehinger betonte in seinem Statement, dass die berufliche Bildung die Klammer für den Erfolg des Wirtschaftsstandorts

Europas sei. Harald Mollers verwies in seiner Ansprache darauf, dass die Entscheidung zur Berufsausbildung in Ostbelgien als Jobgarantie gelte. Anschließend trug Norbert Schöbel, Teamleiter in der Generaldirektion Bildung der Kommission einige Ansätze vor, mithilfe welcher die Kommission die duale Berufsausbildung zukunftssicher und attraktiver gestalten will. Nach den Statements diskutierten die Redner gemeinsam mit der Vizepräsidentin des EP Nicola Beer (RN/DEU) unter der Leitung von Moderator Hendrik Kafsack (Brüssel-Korrespondent der FAZ) über die Zukunft des dualen Ausbildungssystems in Hessen und Europa. Daraus gingen mehrere gemeinsame Standpunkte hervor. So sollte das System zukünftig stärker auf Änderungen an geforderten Berufsbildern reagieren und eine verbesserte und über Erasmus+ hinausgehende Möglichkeit zur Mobilität der Auszubildenden in Europa anbieten. Auch die gegenseitige Anerkennung von Berufsabschlüssen, die Förderung von Sprachkenntnissen sowie der europaweite Austausch von bewährten Vorgehensweisen ausbildender Unternehmen müsse weiter verbessert werden.

### **Gespräche von Staatssekretär Weinmeister in Brüssel**

Am 04.03.2020 führte der Hessische Europastaatssekretär Mark Weinmeister eine Reihe von Gesprächen in Brüssel. Im Mittelpunkt des Gespräches mit Astrid Dentler, Mitglied im Kabinett von Vizepräsidentin Dubravka Šuica, zuständig für Demokratie und Demografie, stand die Konferenz zur Zukunft Europas. Dentler führte aus, dass die Kommission stark für die Aufnahme der Verhandlungen mit Rat und EP sei. Sie betonte, dass die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, dabei insbesondere das von der Kommission vorgeschlagene Feedback-Mechanismus der Kernpunkt der Veranstaltung sei. Mit Christian Kremer, stellvertretender Generalsekretär der EVP, erörterte Staatssekretär Weinmeister die aktuelle Situation der EVP und des EP. Beim Gespräch mit Ruben Alexander Schuster, Kabinettsmitglied von Kommissar Virginijus Sinkevičius, zuständig für Umwelt und Fischerei, wurden die Prioritäten des Kommissars im Bereich Umwelt und Forstpolitik erörtert. Schuster wies auf die angekündigten Maßnahmen des Green Deal hin und in diesem Zusammenhang insbesondere auf die Biodiversitätsstrategie und die Initiative für eine Kreislaufwirtschaft und betonte die Bedeutung der Wälder zur CO2-Eindämmung.

### **3. Regionalbankenkonferenz in der Hessischen Landesvertretung**

Am 04./05.03.2020 fand in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel bereits zum dritten Mal eine Regionalbankenkonferenz mit hochrangigen Teilnehmern aus der deutschen Finanzindustrie statt. Am ersten Konferenztag standen v.a. die Themen Regulation und diverse Reformvorhaben wie Basel III, EDIS und MiFID im Vordergrund. Hierzu sprachen und diskutierten Dr. Martin J. Worms, Hessischer Staatssekretär der Finanzen, Gerhard Grandke, Geschäftsführender Präsident des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen (SGVHT), Michael Hager, Kabinettschef des Kommissions-Vizepräsidenten Dombrovskis, Engin Eroglu MdEP (RN/DEU), Gerhard Hofmann, Vorstandsmitglied des Bundesverbands der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR), sowie Georg J. Huber, Leiter der EU-Repräsentanz des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV) in Brüssel. Am zweiten Konferenztag drehte sich dann alles um die beiden derzeitigen Megatrends in der Finanzindustrie: Digitalisierung und Nachhaltigkeit. Hierzu sprachen Herbert Hans Grüntker, Vizepräsident des Gesamtvorstands des DSGV sowie Vorsitzender der Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba), Gunnar Münt von der Europäischen Investitionsbank (EIB), Marija Kolak, Präsidentin des BVR, sowie Samy Harraz vom Einheitlichen Abwicklungsausschuss (SRB).

### **Verleihung des „European International Women's Leadership Award“**

Als ein Schwerpunkt der Frauenrechtsbewegung wird der Internationale Frauentag seit 1911 am 08.03.2020 eines jeden Jahres gefeiert. Anlässlich dieses besonderen Tages wurde am 05.03.2020 in der Hessischen Landesvertretung der "European International Women's Leadership Award" an zehn internationale weibliche Führungspersönlichkeiten verliehen. Zahlreiche Gäste aus über fünfzig Nationen waren der Einladung der Europaabgeordneten Pierre-Henri Herzberger-Fofana und Klaus Buchner, die die Schirmherrschaft innehaben, gefolgt, um bei der Ehrung der Preisträgerinnen dabei zu sein. Die Preise gingen an Frauen, die sich in den Bereichen Menschenrechte, Politik, Information und Journalismus, Handel, Wirtschaft und Sport besonders gut auskennen. Die diesjährigen Preisträgerinnen, darunter auch mehrere Journalistinnen, kommen aus ITL, BEL, Marokko, Kambodscha, Afghanistan und Taiwan. Mit dem Preis werden Frauen in Führungspositionen mit außergewöhnlichen Karriereverläufen ausgezeichnet, die in einer Männer dominierten Welt Zeichen gesetzt haben und Frauen, die die Entwicklung von Gesellschaften beeinflussen, um Integration, Vielfalt und Gerechtigkeit zu fördern. Es handelt sich um einen Preis für außergewöhnliche Frauen, die eine besondere Beziehung zu Brüssel, der Hauptstadt der EU, haben. Radouan Bachiri, Präsident des Forums und Vorsitzender der „Extension Communication Agency“ in Brüssel, lobte in seiner Begrüßungsansprache die große Führungsstärke der Preisträgerinnen, die mit ihren herausragenden Karrieren Respekt verdienen. Im vergangenen Jahr war dieser Preis im EP weiblichen Führungspersönlichkeiten und Aktivistinnen aus China, Dschibuti, FRA, Marokko, Nigeria, der Türkei, GBR und den USA überreicht worden.

### **XIII. Europäischer Presseclub – 100 Tage neue Kommission**

Am 09.03.2020 hatte Europaministerin Lucia Puttrich zum „XIII. Europäischen Presseclub“ in die Hessische Landesvertretung eingeladen. Drei zentrale Themen bestimmten die Diskussion mit EU-Korrespondenten aus ITL und DEU: Eine erste Bilanz zu „100 Tage neue Kommission“ sowie die Reaktion auf die Gefahren durch den Corona Virus und die Flüchtlingssituation in der Grenzregion zwischen der Türkei und GRI. Es diskutierten Lorenzo Robustelli von EU News, Franziska Broich, KNA, und Eric Bonse, TAZ und Blog „Lostineurope“, mit Michael Stabenow. Zu den ersten 100 Tagen der von der Leyen-Kommission stellten die EU-Korrespondenten Ursula von der Leyen ein relativ gutes Zeugnis aus. Sie sei mit guten Ideen und viel Energie gestartet. Positiv beeindruckt von den Programmen, wie dem „Green Deal“ der Kommission, zeigte sich auch Eric Bonse. Er gab aber zu bedenken, dass damit hohe Erwartungen geweckt würden. Fraglich sei daher, ob genügend Ressourcen zur Umsetzung der Programme zur Verfügung stünden. Aus Sicht der Gesprächsrunde zeige sich erst mit der Finanzierung des „Green Deal“, der Verabschiedung des Mehrjährigen Finanzrahmens und auch mit einer Lösung zur Flüchtlingsproblematik, ob die Kommissionspräsidentin insgesamt Erfolg haben werde. Weitere wichtige Themen seien u.a. die Verhandlung der Kommission mit dem GBR sowie die Vorschläge für eine EU-Digital-, Industrie- und Afrika-Strategie. Aufgrund der aktuellen Debatten in den Medien standen zwei weitere Themen mit im Fokus: Zum einen der Coronavirus, der mittlerweile die ganze Welt betrifft und für Unruhe auf den Finanzmärkten sorgt und zum anderen die Flüchtlingssituation in der Grenzregion zwischen der Türkei und GRI. Lorenzo Robustelli gab einen Überblick zur Lage in ITL und den Aktionen der politisch Verantwortlichen seit Ausbruch des Virus. Die wirtschaftlichen Auswirkungen in ITL seien beträchtlich, sagte Robustelli. So sei z.B. die Tourismusbranche besonders betroffen; die in diesem Jahr voraussichtlich bis zu 7 Mrd. EUR verlieren würde. EU-Korrespondent Eric Bonse, der das Management auf EU-Ebene im Umgang mit Corona in den Blick nahm, kritisierte das unkoordinierte Vorgehen der EU-Institutionen. Franziska Broich argumentierte hingegen, dass die

Kommissionspräsidentin sich des Ausmaßes bewusst sei und wisse, dass sie reagieren müsse. In Bezug auf die Probleme an den Außengrenzen der EU war man sich einig, dass viel von den Verhandlungen mit dem türkischen Präsidenten Erdogan abhängen, um die Flüchtlingssituation schnell in den Griff zu bekommen. Ankündigungen zufolge wolle die Kommission im April einen Vorschlag zum Asyl- und Migrationspakt vorstellen.

### **„The European Financial Market after Brexit“ mit Prof. Dr. Wuermeling**

Am 11.03.2020 fand in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel ein Expertengespräch zum Thema „The European Financial Market after Brexit“ statt. Prof. Dr. Joachim Wuermeling, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank, referierte zu Beginn über verschiedene finanzpolitische, den Brexit betreffende Themen. Dies waren vor allem die Frage nach der Integration des britischen in den europäischen Finanzmarkt, die Auswirkungen der Basel III-Bestimmungen sowie die Ausbreitung verschiedener BigTechs in der Finanzbranche. Aufgrund der Aktualität ging Wuermeling auch auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den europäischen Finanzmarkt und die Realwirtschaft ein. Abschließend stellte er sich in einer offenen Diskussion den Fragen der anwesenden Vertreter aus der Finanzindustrie.

## V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

### **Europäischer Rat**

#### Sitzung am 26.-27.03.2020

Stärkung der wirtschaftlichen Basis der EU

Digitalpolitik

Erweiterung

Strategische Aussprache über die Beziehungen zwischen der EU und China

Strategische Leitlinien im Bereich Justiz und Inneres

Ausbruch von COVID-19

### **Rat**

16.03.2020 Euro-Gruppe

17.03.2020 Rat für Wirtschaft und Finanzen

20.03.2020 Informelle Tagung Rat Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt und Industrie)

23.03.2020 Rat für Auswärtige Angelegenheiten

24.03.2020 Rat für Allgemeine Angelegenheiten

25.03.2020 Dreigliedriger Sozialgipfel

### **Europäische Kommission**

18.03.2020 Sitzung der Kommission

Jüngste Entwicklungen im Zusammenhang mit dem COVID-19-Ausbruch und die Reaktion der EU

Mitteilung „Die Politik der Östlichen Partnerschaft nach 2020 - Stärkung der Widerstandsfähigkeit - eine Östliche Partnerschaft, die für alle Menschen Ergebnisse bringt“  
Jüngste Entwicklungen in den Außenbeziehungen

25.03.2020 Sitzung der Kommission  
Aktionsplan zur Bekämpfung der Geldwäscherei  
Strategie 'Vom Erzeuger zum Verbraucher'  
EU-Biodiversitätsstrategie für 2030

## **Europäisches Parlament**

Im EP finden in den nächsten zwei Wochen keine Plenarsitzungen statt.

## **Ausschuss der Regionen**

Die für den am 25./26.03.2020 geplante 139. AdR-Plenarsitzung entfällt.

## **Europäischer Gerichtshof**

18.03.2020 Urteil in der Rechtssache C-234/18 „AGRO IN 2001“ - Einziehung mutmaßlich illegal erlangten Vermögens ohne vorherige strafrechtliche Verurteilung

19.03.2020 Urteil in den verbundenen Rechtssachen C-103/18 Sánchez Ruiz und C-429/18 Fernández Álvarez u. a. - Missbrauch befristeter Arbeitsverhältnisse im spanischen Gesundheitswesen

23.03.2020 Mündliche Verhandlung (Große Kammer) in den verbundenen Rechtssachen C-245/19 und C-246/19 État du Grand-duché de Luxembourg - Informationsaustausch in Steuersachen

24.03.2020 Urteil (Große Kammer) in den verbundenen Rechtssachen C-558/18 Miasto Łowicz und C-563/18 Prokuratura Okręgowa w Płocku - Polnisches Disziplinarsystem für Richter

25.03.2020 Urteil in der Rechtssache C-66/19 Kreissparkasse Saarlouis - Aufklärung über Widerrufsrecht bei Darlehensverträgen

26.03.2020 Urteil in der Rechtssache C-215/18 Primera Air Scandinavia - Gerichtliche Zuständigkeit für Klage auf Entschädigung wegen Flugverspätung

## **Gericht der Europäischen Union**

19.03.2020 Mündliche Verhandlung in der Rechtssache T-93/18 International Skating Union (ISU) / Kommission - Sanktionen der ISU gegen Eisschnellläufer bei Teilnahme an nicht von ihr genehmigten Wettkämpfen

25.03.2020 Mündliche Verhandlung in der Rechtssache T-296/18 Polskie Linie Lotnicze „LOT“ / Kommission - Übernahme der Air-Berlin-Tochter LGW durch Lufthansa

26.03.2020 Mündliche Verhandlung in der Rechtssache T-240/18 Polskie Linie Lotnicze „LOT“ / Kommission - Erwerb von Air Berlin-Teilen durch easyJet

**Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 27.03.2020.**

## Abkürzungsverzeichnis

<b>Europäisches Parlament</b>	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
<b>EU-Mitgliedstaaten</b>	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
<b>Länder außerhalb der EU</b>	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA